Wirtschaftliche Stabilität, hohe Systemzufriedenheit, punktuelle Oppositionshaltung



VOX-Trend Jahresbericht 2013

Projektteam

Martina Imfeld Politikwissenschafterin

Claude Longchamp Politikwissenschafter,

Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen

Carole Gauch Medien- und Politikwissenschafterin

Stephan Tschöpe Politikwissenschafter

Cloé Jans Politikwissenschafterin

Johanna Schwab Sekretariat und Administration

Inhaltsverzeichnis

1	WIC	ICHTIGSTES IN KURZE3				
2	EIN	LEITUN	IG	6		
3	ERF	OLGSF	AKTOREN VON VOLKSINITIATIVEN	8		
	3.1	3.1 Die Fragestellungen des Spezialteiles				
	3.2	8				
		3.2.1	Angenommene Initiativen	9		
		3.2.2	Soziodemografisches Zustimmungsprofil	12		
		3.2.3	Sozioökonomisches Zustimmungsprofil	13		
		3.2.1	Regionales Zustimmungsprofil	16		
		3.2.2	Politisches Zustimmungsprofil	17		
		3.2.3	Ideologische Verankerung des Zustimmungsprofils zu Initiativen	21		
	3.3	Zwiscl	henbilanz	23		
4	ALL	.GEMEI	NE BEFUNDE	26		
	4.1	Politische Grundhaltungen				
	4.2	2 Wirtschaftliche Situation				
	4.3	3 Werthaltungen				
	4.4	Nationale und persönliche Bedeutung von Vorlagen				
	4.5	Meinungsbildung				
	4.6	Medie	nnutzung	37		
	4.7	Die Zv	vischenbilanz	39		
5	SYN	NTHESE		41		
6	ANHANG					
	afs bern-Team					

Bern, 19. Juni 2014 Copyright by gfs.bern Zitierung unter Quellenangabe frei

1 Wichtigstes in Kürze

Die VOX-Analysen sind als Nachuntersuchungen eidgenössischer Volksabstimmungen bekannt. Sie können aber auch für die Trendanalyse genutzt werden. Sie geben Auskunft über den längerfristigen Wertewandel, über Veränderungen im Institutionenvertrauen, den Bindungen der BürgerInnen an Parteien und Verbände sowie den Gewohnheiten in der Meinungsbildung bei Volksabstimmungen.

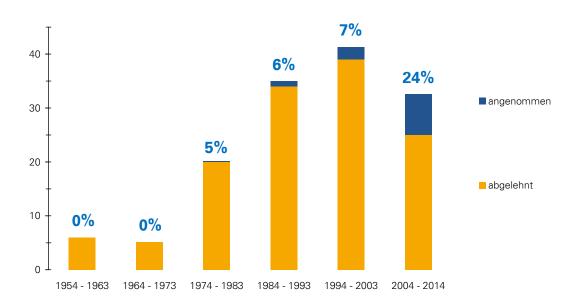
gfs.bern hat für die Zeit beider Legislaturen seit 2000 bereits zwei Sekundäranalysen aller Trendindikatoren aus den VOX-Analysen vorgenommen. Die Aufdatierung im Auftrag der Bundeskanzlei erfolgt nun im Jahresrhythmus. Wir legen hierzu den Trendbericht für das Jahr 2013 vor.

Ausgehend von den erhöhten Annahmechancen für Initiativen in der jüngeren Vergangenheit, widmet sich der Spezialteil des VOX-Trendberichts 2013 den Erfolgsfaktoren von Volksinitiativen. Dabei interessiert, welche Typen von Initiativen angenommen wurden und von wem - respektive auf Basis welcher Werte

Grafik 1

Erfolgsquote von Volksinitiativen

Anzahl Initiativen an der Urne, 1954 - 2014 (inkl. 09. Februar 2014)



Quelle: Institut für Politikwissenschaften Bern (2013): "Erfolgsquote von Volksinitiativen". Sonntagsblick vom 10.03.2013. Aufdatiert durch gfs.bern ab März 2013

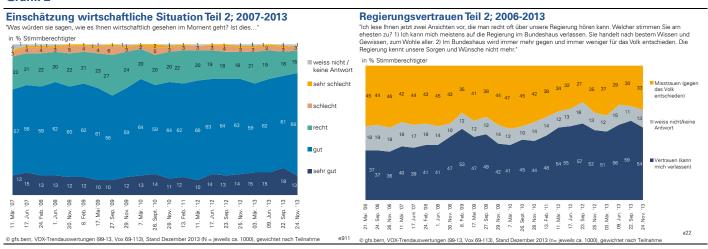
Das politische Interesse der Schweizer StimmbürgerInnen flachte im Nachgang der Wahlen 2011 kurzfristig leicht ab. Seither erkennt man jedoch einen deutlichen Aufwärtstrend, der 2013 in einem Rekordwert für die Abstimmung vom November 2013 gipfelte. Das übersetzt sich auf die Teilnahme an Abstimmungen, denn auch hier finden wir gerade für die Abstimmung vom November 2013 einen Rekordwert.

Dabei fiel es den Stimmberechtigten 2013 zunehmend leichter, sich eine Meinung zu den Vorlagen zu bilden. Insbesondere zur Änderung des Arbeitsgesetzes und der Autobahnvignette gaben deutliche Mehrheiten an, der Entscheid sei leicht gefallen.

Weiter hat sich die Einschätzung der aktuellen persönlichen wirtschaftlichen Situation über das gesamte Jahr 2013 nochmals verbessert: man geht in der

Schweiz optimistisch aus der Weltwirtschaftskrise heraus, bestärkt wohl durch die realwirtschaftliche Situation des Landes, denn die Werte bewegen sich in dieser Frage seit Anfang 2010 auf erhöhtem Niveau. Es ist möglich, dass das seit 2010 fast kontinuierlich steigende Regierungsvertrauen vor diesem Hintergrund zu lesen ist, schliesslich gelang es der Regierung, die Schweiz relativ unversehrt durch die wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre zu steuern.

Grafik 2



Zu beobachten sind auch Verschiebungen von Wertpräferenzen. So ist etwa der Anteil Befragter der eine Bevorzugung von SchweizerInnen gegenüber AusländerInnen wünscht, auch 2013 wieder auf stabilem aber erhöhtem Niveau. Zudem ist er das zweite Jahr in Folge höher als der Anteil von Voten für Chancengleichheit zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen. Insgesamt haben sich die Präferenzen der Stimmberechtigten zur Schweizer Aussenpolitik 2013 verschoben: Einem stabilen Sockel um die neun Prozent, der eine Verschliessung der Schweiz einer Öffnung vorzieht, steht 2013 eine leicht angewachsenen Mehrheit gegenüber, die sich klar für die Öffnung der Schweiz nach aussen ausspricht. Auch bevorzugen 2013 wieder mehr Stimmberechtige eine moderne Schweiz und Traditionalismustendenzen wie sie sich zwischen 2008 und 2010 abzeichneten sind eher wieder rückläufig.

Interessant sind 2013 - vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Umfelds einerseits, der Abstimmungen des letzten Jahres andererseits - die Entwicklungen der Wertpräferenzen in strikt wirtschaftlichen Fragen. Die Wertepräferenz zwischen Staatseingriffen und Wettbewerb fiel Anfang 2013 noch gemischt aus, danach kippte das Verhältnis aber zugunsten von mehr Wettbewerb. Möglich ist, dass die Annahme der Abzocker-Initiative hier den Impuls gegeben hat.

Die Topmedien zur Orientierung im Abstimmungskampf bleiben unverändert die klassischen Kanäle: Zeitungsartikel, Bundesbüchlein, Fernsehen und Radio. Die Nutzung des Internet im Abstimmungskampf stagniert auf einem Niveau von gut einem Viertel.

Die in Thesenform verdichteten Resultate der Analyse lauten:

These 1:

Das politische Interesse der Schweizer Stimmberechtigten sinkt in der Regel nach den Wahlen leicht ab. Die vielen Sachentscheide in den vergangenen zwei Jahren liessen es jedoch kontinuierlich wachsen.

These 2:

Je höher die Stimmberechtigen die Bedeutung einer Vorlage einstufen, desto höher ist entsprechend die Stimmbeteiligung. Somit ist die Mobilisierung weiterhin stark vorlagenabhängig und fällt bei geringem Interesse entsprechend tief aus.

These 3:

Werteseitig zeigen sich 2013 Öffnungstendenzen in der Aussenpolitik der Schweiz bei gleichzeitiger Bevorzugung von SchweizerInnen gegenüber AusländerInnen. Eine Öffnung der Schweiz wird also gewünscht, allerdings soll sich der Status der SchweizerInnen dadurch nicht verschlechtern.

These 4:

Die Entwicklungen der Wertpräferenzen in wirtschaftlichen Fragen verweist 2013, nach einer protektionistisch angehauchten Phase zwischen 2008 und 2010, wieder deutlich auf freie Marktwirtschaft ohne Staatseingriffe – sei es in Lohnfragen oder bei Marktregulierung.

These 5:

Die Bedeutung des Internets in Abstimmungskämpfen stagniert, klassische Medienkanäle bleiben nach wie vor wichtiger für die Orientierung in Abstimmungskämpfen. Nach einer einer weiteren Verbreitung von eVoting in den Kantonen ist dieser Befund zu überprüfen.

These 6:

Thematisch lässt sich kein eindeutiges Muster für erfolgreiche Volksinitiativen in der Schweiz finden. Je höher allerdings die gefühlte nationale und persönliche Bedeutung einer Initiative ausfällt, desto grösser sind die Chancen eines erfolgreichen Urnengangs. Themen also mit hoher Bedeutung, die von der institutionalisierten Politik nicht aufgenommen wurden, haben als Volksbegehren intakte Erfolgschancen.

These 7:

Der Steckbrief erfolgreicher Initiativen kann in Bezug auf das Unterstützungspotenzial am ehesten wie folgt umschrieben werden: Sie muss Personen aus tiefen bis mittleren sozialen Schichten ansprechen, die sich selber nicht in der politischen Mitte verorten und der Landesregierung gegenüber skeptisch eingestellt sind. Weiter haben rechte Initiativen auf dem Land bessere Annahmechancen, linke hingegen in den grossen Agglomerationen.

2 Einleitung

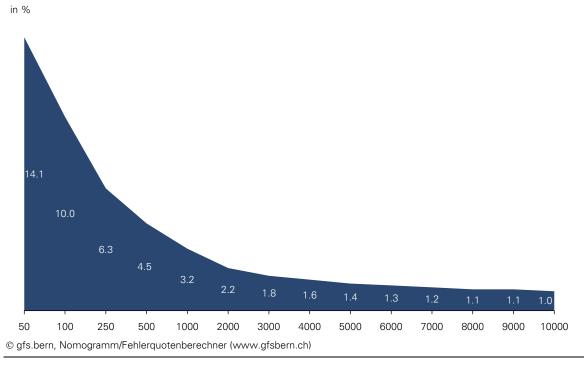
Im Rahmen der VOX-Trend-Analysen eidgenössischer Volksabstimmungen versuchen wir mit einer über die einzelnen Abstimmungen hinausreichenden Perspektive, die politkulturelle Verfassung der Schweiz im Jahr 2013 zu erfassen. Dies geschieht auf Basis von Trendanalysen im Auftrag der Bundeskanzlei. Der vorliegende Jahresbericht berücksichtigt sämtliche Abstimmungen aus dem Jahr 2013, für den Spezialteil wird der zeitliche Horizont auf die vergangenen zehn Jahre ausgeweitet.

Das Forschungsinstitut gfs.bern hat in den letzten Jahren die Basis hierfür erarbeitet: Dies wären einerseits die vollelektronische Datenbank aller VOX-Befragungen, welche Sekundäranalysen unter beliebigen Fragestellungen zulassen und andererseits die systematische Trendbeobachtung der übergreifenden Fragestellungen, die Volksabstimmungen zu Grunde liegen. Dabei geht es um die Werthaltungen, die Links-Rechts-Orientierung, das Vertrauen in die Institutionen und die politischen Aktivitäten sowie um die Fragen, wie diese strukturiert und verbreitet waren und wie sie sich über die Zeit entwickelt haben.

Wie bei allen Repräsentativbefragungen stellen auch die den VOX-Befragungen zugrunde liegenden Stichproben eine Auswahl aus der Grundgesamtheit dar. Diese Auswahl ist mit einem statistischen Stichprobenfehler behaftet. Dessen Grössenordnung ergibt sich zum einen aus dem Auswahlverfahren, zum anderen aus der gewählten Stichprobengrösse.

Grafik 3

Maximaler statistischer Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse



Bei 1500 Befragten beträgt der Stichprobenfehler etwas vereinfacht ausgedrückt ±2.6 Prozentpunkte. Das heisst, ein Wert, der mit 50 Prozent angegeben wird, liegt zwischen 47.4 und 52.6 Prozent.

In der Zwischenzeit liegen sieben Jahresberichte und drei Legislaturbilanzen vor. Letztere betten die Erkenntnisse in den langfristigen Kontext ein. Wir referieren in geraffter Form über den allgemeinen Teil des VOX-Trends im vierten Kapitel.

In diesem Jahr widmen wir uns im Spezialteil den Erfolgsfaktoren von Initiativen. Dabei interessiert uns welche Typen von Initiativen angenommen wurden und von wem - respektive auf Basis welcher Werte. Dieser Spezialteil ist Inhalt des dritten Kapitels des vorliegenden Berichts, bevor sich das vierte Kapitel den allgemeinen Befunden des VOX-Trends widmet. Mit einer Synthese der Befunde schliessen wir den Trendbericht 2013 ab.

3 Erfolgsfaktoren von Volksinitiativen

3.1 Die Fragestellungen des Spezialteiles

2013 befassen wir uns im Spezialteil des VOX-Trendberichts mit Erfolgsfaktoren von Initiativen. Die Annahmechancen von Initiativen sind historisch betrachtet in jüngerer Vergangenheit angestiegen, obwohl ablehnende Voten zu Initiativen in der Schweiz nach wie vor die Regel sind. Gegenwärtig scheitern drei von vier Volksinitiativen in der Volksabstimmung. Dieser Wert hat sich in den letzten zehn Jahren allerdings erheblich erhöht, denn er lag seit den 70er Jahren regelmässig unter 10 Prozent.

Fast allen Entscheidungen über Volksinitiativen ist gemein, dass die Forderungen von Regierung und Parlament nach Behandlung abgelehnt oder zu Gegenvorschlägen umformuliert (und somit zu Behördenvorlagen) werden, was sich auf die meinungsbildenden Eliten - vor allem Parteien, indirekt aber auch Interessenorganisationen und Massenmedien - auswirkt. Das unterscheidet Meinungsbildungsprozesse zu Volksinitiativen von solchen zu Behördenvorlagen grundlegend.

Die Fragestellungen können wie folgt auf den Punkt gebracht werden:

- Wie viele und welche Initiativen wurden in den vergangenen zehn Jahren vom Schweizer Stimmvolk angenommen?
- Wie lassen sich diese angenommenen Initiativen politisch und inhaltlich charakterisieren?
- Wer nimmt Initiativen an? Soziodemografische, sozioökonomische und politische Charakterisierung von Initiativ-BefürworterInnen.
- Wie weit sind Stimmenscheide für Initiativen wertemässig verankert und konsistent?

3.2 Befunde Spezialteil: Erfolgsfaktoren von Volksinitiativen

Von Volksinitiativen aufgegriffene Themen beinhalten meist einen Sachverhalt, der in der Öffentlichkeit mehr oder minder ausführlich behandelt wurde. Ohne dass sich dabei ein einigermassen verbreitetes Problembewusstsein zeigt, kommt es in der Regel nicht zu einer erfolgreichen Unterschriftensammlung und damit nicht zu einer abstimmungsreifen Vorlage.

Das heisst jedoch nicht, dass die vorgeschlagene Problemlösung gleichermassen bekannt sein muss, ausser sie ist bereits aufgrund des Namens der Initiative eindeutig. Entsprechend muss die Meinungsbildung zur Initiative hinsichtlich eines aufgegriffenen Problems und hinsichtlich der Problemlösung wie sie durch die Initiative vorgeschlagen wird, unterschieden werden.

Die Ausgangslage für eine Volksinitiative wird durch das Mass des wahrgenommenen Problembewusstseins in der Öffentlichkeit bestimmt. Je problematischer eine Situation eingeschätzt wird, desto eher findet sich vor einer Kampagne eine Zustimmungsbereitschaft zu einer Initiative. Je weniger dies der Fall ist, umso eher liegt eine offene, allenfalls sogar negativ vorbestimmte Ausgangslage vor. Unsere – für die Entscheidung zu Volksinitiativen spezifizierte – These lautet entsprechend: Bei einer Volksinitiative kommt es in der Regel zu einer Verlagerung der kollektiven Meinungsbildung von der Beurteilung des angesprochenen Problems zur Beurteilung der vorgeschlagenen Lösung. Dies alleine kann die Stimmabsichten beeinflussen. Entsprechend formulieren wir zwei generelle Hypothesen zu Trends in der Meinungsbildung bei Volksinitiativen:

- Der Nein-Anteil nimmt mit der Dauer des Abstimmungskampfes zu.
- Der Ja-Anteil nimmt mit der Dauer des Abstimmungskampfes ab.

In Ausnahmefällen kann Letzteres ausbleiben. Das ist nach unserer Auffassung dann der Fall, wenn es mit der Initiativentscheidung zu einem Tabubruch kommt, mit dem sich eine Proteststimmung aufbaut. Es ist möglich, dass sich die Zusammensetzung der Teilnahmewilligen (zugunsten der Initiative) ändert oder auch ein kurzfristiger Meinungswandel im Sinne des Zeichensetzens entsteht. Nach unserer Erfahrung ist das sehr selten, es muss sich aufgrund der Beteiligungsabsichten (im Abstimmungskampf stark steigend) andeuten, im Argumententest sichtbar werden (indem die GegnerInnen und Unschlüssige verbreitet Ja-Botschaften zustimmen) und es braucht in der Regel eine doppelte Öffentlichkeit, wobei Mainstream-Medien gegen die Initiative sind, Zielgruppen-Medien aber eine verbreitete Zustimmung erahnen lassen.

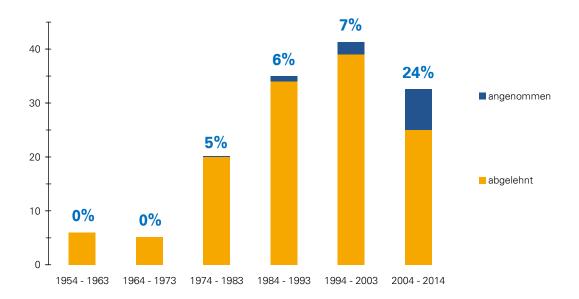
2013 ist mit der Abzocker-Initiative, die vom Stimmvolk deutlich angenommen wurde, ein solches Szenario eingetreten und auch die Meinungsbildung zu anderen, in der jüngsten Vergangenheit erfolgreichen, Initiativen folgte diesem Muster. Pessimistisch wäre es nun daraus zu schliessen, dass es den Initiantinnen gelang, gesellschaftlich relevante Probleme aufzugreifen, die von der institutionalisierten Politik - den gewählten Vertretungen des Volkes also - vernachlässigt wurden. Eine optimistischere Interpretation würde solch erfolgreiche Initiativen eher als funktionierender Korrekturfaktor des institutionalisierten Systems beschreiben. So oder so bilden angenommen Initiativen nach wie vor die Ausnahme und sind nicht zuletzt deshalb interessante Forschungsobjekte.

3.2.1 Angenommene Initiativen

Wenn man sich die Abstimmungsergebnisse von Initiativen vor Augen führt, wird eines schnell deutlich: Initiativen werden häufiger abgelehnt als angenommen. Die untenstehende Grafik quantifiziert diese Regel; Bis in die 70er Jahre gelang es Initiativen nie, das Stimmvolk zu überzeugen - in den Jahren danach war dies immerhin ab und zu der Fall. Zwischen 1974 und 2003 waren durchschnittlich sechs Prozent der Initiativen erfolgreich. In der jüngsten Vergangenheit allerdings ist ein deutlicher Anstieg der Erfolgsquote für Volksinitiativen festzustellen und zwischen 2004 und 2014 betrug sie beträchtliche 24 Prozent.

Erfolgsquote von Volksinitiativen

Anzahl Initiativen an der Urne, 1954 – 2014 (inkl. 09. Februar 2014)



Quelle: Institut für Politikwissenschaften Bern (2013): "Erfolgsquote von Volksinitiativen". Sonntagsblick vom 10.03.2013. Aufdatiert durch gfs.bern ab März 2013

Im Rahmen dieses VOX-Trend-Spezialteils soll diskutiert werden wer, respektive was genau, den Initiativen in jüngerer Vergangenheit zu Erfolg verhalf. Um ausreichende Fallzahlen zu erreichen wurde der Betrachtungshorizont auf die Jahre 2002 bis 2013 festgelegt. Tabelle 1 weist die acht in diesem Zeitraum angenommenen Initiativen aus. Die eindeutig höchste Zustimmung erfuhr die 2013 zur Abstimmung gebrachte Abzocker-Initiative mit 68 Prozent Ja-Anteil, am knappsten wurde die Zweitwohnungs-Initiative im Jahr 2012 mit 50.6 Prozent Ja angenommen.

Tabelle 1

Angenommene Initiativen seit 2002

Datum	Vorlage	Ja-Anteil	Beteiligung
03.03.2013	VI 'gegen die Abzockerei'	68%	46.7%
11.03.2012	VI 'Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen'	50.6%	45.2%
28.11.2010	VI 'für die Ausschaffung krimineller Ausländer'	52.3%	52.9%
29.11.2009	VI 'Gegen den Bau von Minaretten'	57.5%	53.8%
30.11.2008	VI 'für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern'	51.9%	47.5%
27.11.2005	VI 'für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft'	55.7%	42.2%
08.02.2004	VI 'Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, ext- rem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter'	56.2%	45.5%
03.03.2002	VI 'für den Beitritt der Schweiz zur UNO'	54.6%	58.4%

© gfs.bern, VOX-Trendauswertung, Quellen: www.admin.ch, www.swissvotes.ch 02.04.2014

Aufschlussreich ist die politische Charakterisierung dieser angenommenen Initiativen, die zumindest vordergründig - also gestützt auf Parolen und Themenbereiche - kein eindeutiges Muster ausweist. Sowohl linke wie auch rechte Initiativen haben Chancen an der Urne erfolgreich zu sein und auch thematisch finden wir Heterogenität vor. Wer dazu verleitet war, die steigenden Annahmechancen von Initiativen mit den Initiativ-Erfolgen der SVP im Bereich der Ausländerpolitik zu begründen, wird beim betrachten aller acht in den vergangenen zehn Jahren angenommener Volksinitiativen eines besseren belehrt.

Tabelle 2

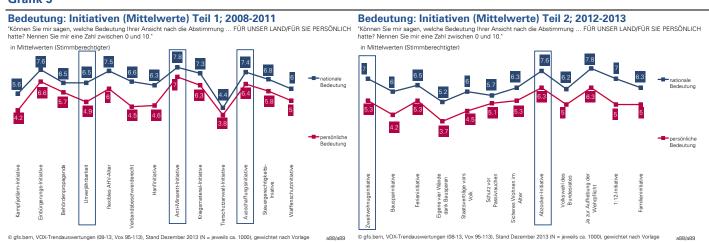
Parteiparolen angenommene Initiativen seit 2002

Vorlage	Partei-Parolen	Thema	Klassifizierung	
VI 'gegen die Abzockerei'	Ja: GPS; SP		linke Initiative	
	Nein: CVP, FDP.Die Liberalen, SVP	_*		
VI 'Schluss mit uferlosem Bau von	Ja: GPS, SP	Umwelt und Lebensraum, Wohnen	linke Initiative	
Zweitwohnungen'	Nein: CVP, FDP.Die Liberalen, SVP			
VI 'für die Ausschaffung krimineller	Ja: SVP	Ausländerpolitik/ soziale	rechte Initiative	
Ausländer'	Nein: GPS, SP, CVP, FDP.Die Liberalen	Fragen		
VI 'Gegen den Bau von Minaret-	Ja: SVP	Kultur, Religion/ Grund- rechte	rechte Initiative	
ten'	Nein: GPS, SP, CVP, FDP.Die Liberalen			
VI 'für die Unverjährbarkeit porno-	Ja: SVP	Sozialpolitik-soziale Grup-	rechte Initiative	
grafischer Straftaten an Kindern'	Nein: GPS, SP, CVP, FDP.Die Liberalen	pen/Strafrecht		
VI 'für Lebensmittel aus gentech-	Ja: GPS, SP	Umweltpolitik/ Landwirt-	linke Initiative	
nikfreier Landwirtschaft'	Nein: CVP, FDP.Die Liberalen, SVP	schaft/ Gentechnologie		
VI 'Lebenslange Verwahrung für	Ja: SVP	Sicherheitspolitik/ Straf-	rechte Initiative	
nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter	Nein: GPS, SP, CVP, FDP.Die Liberalen	recht		
VI 'für den Beitritt der Schweiz zur UNO'	Ja: GPS, SP, CVP, FDP.Die Liberalen	Aussenpolitik , internat. Organisationen	linke Initiative	
	Nein: SVP			

Quelle: www.swissvotes.ch und www.bfs.admin.ch, Stand 10.04.2014

Nun zeigt sich: je höher die gefühlte nationale und persönliche Bedeutung einer Initiative ausfällt, desto grösser sind auch die Chancen eines erfolgreichen Urnengangs - wie die Auswertungen im Rahmen des VOX-Trend-Standards deutlich zeigen. Dies sind allerdings nicht zwingende, sondern höchstens hinreichende Hinweise auf intakte Annahmechancen einer Initiative, denn es finden sich auch Beispiele, wo dieser Mechanismus nicht griff (z.B. VI 'Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht').

Grafik 5



Von acht hier untersuchten Initiativen taxieren wir aufgrund der Parteiparolen zu den jeweiligen Vorlagen genau die Hälfte als rechts; die Ausschaffungs-Initiative, die Minarett-Initiative, die Unverjährbarkeitsinitiative und die Verwah-

^{*}wurde vom BfS noch nicht offiziell zugeteilt.

rungs-Initiative. Unserer Definition folgend muss eine Initiative dementsprechend nicht zwingend von einer Partei aus dem rechten politischen Spektrum initiiert, wohl aber getragen werden. Als linke Initiativen charakterisieren wir demzufolge die Abzocker-Initiative, die Zweitwohnungs-Initiative, die Gentech-Initiative und die Initiative für einen Beitritt der Schweiz zur UNO, wobei letztere parolenseitig breite Unterstützung bis hin zur Mitte erfuhr und strenggenommen keine rein linke Initiative war.

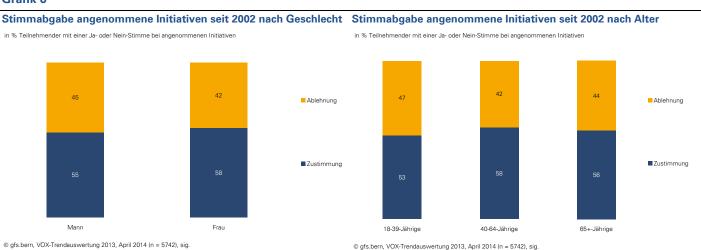
In den folgenden Kapiteln werden die Erfolgsfaktoren von Initiativen anhand einer Analyse der Stimmberechtigten detaillierter versucht zu charakterisieren. Es wird somit die Perspektive gewechselt; weg von den Vorlagen selbst, hin zu den Individuen, die mit ihren Stimmentscheiden diesen Initiativen zum Erfolg verhalfen. Zu diesem Zweck wurden die Daten der VOX-Analysen zu den obigen Abstimmungen gepoolt und Befragte, die sich zu den betreffenden Initiativen am jeweiligen Abstimmungssonntag geäussert haben, werden in zwei Gruppen eingeteilt: Solche, welche die Initiativen an der Urne angenommen haben und solche, die sie abgelehnt haben. Alle im Rahmen der VOX-Analyse befragten Personen, die an den betreffenden Abstimmungen zwischen 2002 und 2013 zu den acht untersuchten Initiativen einen manifesten Stimmentscheid, also ein Ja oder ein Nein, in die Urne gelegt haben sind somit Teil unserer Auswertungen. Personen die Leerstimmen eingelegt haben wurden ausgeschlossen. Dabei ist zu bedenken, dass mit jeder VOX-Analyse neue Personen befragt werden und wir somit nicht über Panel-Daten verfügen. Das bedeutet, dass sich die im folgenden Bericht diskutierten Initiativbefürworter oder Gegner aus Individuen zusammensetzen, die im Einzelfall für oder eben gegen Initiativen gestimmt haben und nicht etwa systematisch über die vergangen 11 Jahre.

3.2.2 Soziodemografisches Zustimmungsprofil

Die im Folgenden diskutierten Unterschiede mögen nicht grundlegender Natur sein, sie sind jedoch signifikant, das heisst statistisch gesprochen real. Dass die Unterschiede nicht allzu drastisch ausfallen liegt mitunter daran, dass alle der hier analysierten Initiativen angenommen wurden und somit eine Mehrheit der Stimmberechtigten zu überzeugen vermochten. In der Konsequenz finden sich auch in den allermeisten Untergruppen keine abweichenden Mehrheiten. Das Ausmass der Unterstützung variiert allerdings.

Zu den soziodemografischen Variablen zählen wir die Persönlichkeitsmerkmale Geschlecht und Alter, wobei wir für beide Variablen signifikante Unterschiede finden: Frauen stimmten signifikant deutlicher für die angenommenen Initiativen als Männer. Männer hingegen lehnten diese Initiativen häufiger ab als Frauen.

Grafik 6



In Bezug auf die Altersgruppen lassen sich zwei eindeutige Befunde festhalten: Während Rentner und Rentnerinnen sehr nahe am Mittel der Stimmberechtigten liegen, waren Befragte unter 40 häufiger gegen die angenommenen Initiativen, als solche im Alter zwischen 40 und 64 Jahren, die somit die initiativefreundlichste Altersgruppe darstellen.

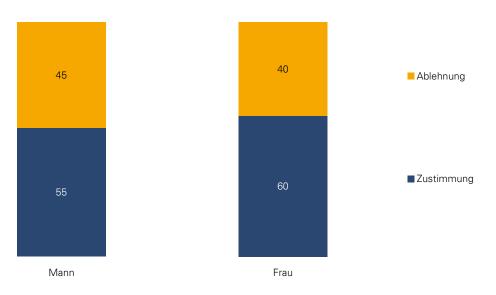
Nach linken und rechten Initiativen gesondert betrachtet neutralisieren sich die eben beschriebenen Unterschiede mit einer Ausnahme: Für linke Initiativen findet sich ein Geschlechtereffekt, denn Frauen sind ihnen etwas mehr zugeneigt als Männer.

Rechte und linke Initiativen wurden von älteren und jüngeren Stimmberechtigten gleichermassen getragen. Im Gegensatz zu linken Initiativen wurden dagegen rechte auch von beiden Geschlechtern in ähnlichem Ausmass unterstützt.

Grafik 7

Stimmabgabe angenommene linke Initiativen seit 2002 nach Geschlecht

in % Teilnehmender mit einer Ja- oder Nein-Stimme bei angenommenen linken Initiativen

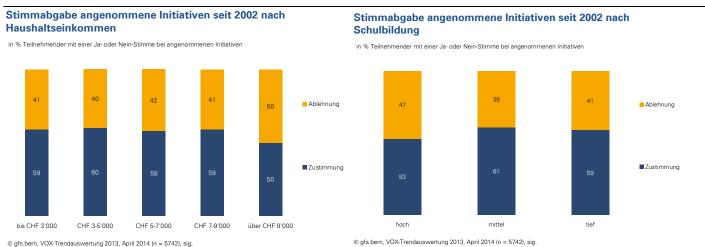


© gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 3072), sig.

3.2.3 Sozioökonomisches Zustimmungsprofil

Von den sozioökonomischen Variablen - Einkommen und Bildung - erweisen sich ebenfalls beide als relevant hinsichtlich des Stimmentscheides zu Initiativen: Während sich Befragte aus der höchsten Einkommensgruppe, den Stichprobenfehler einberechnend, beinahe gleich häufig für respektive gegen die acht angenommen Initiativen entschieden haben, fällt das Verhältnis in den Einkommensgruppen darunter klarer zugunsten die Initiativen aus.

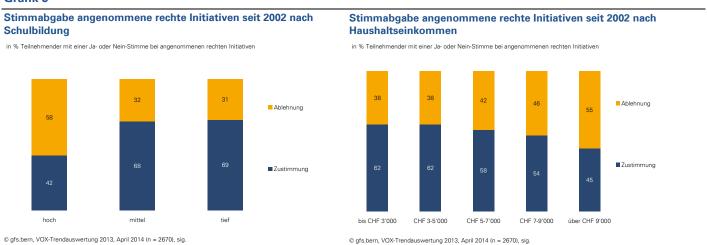
Grafik 8



Etwas weniger deutlich (aber tendenziell gleich gerichtet) übersetzt sich dieser Effekt auch auf die Bildungsschichten. Stimmberechtigte mit tiefer bis mittlerer Schulbildung haben die angenommen Initiativen signifikant stärker unterstützt als solche mit hoher Bildung.

Spannend sind hinsichtlich der sozialen Schicht auch die differenzierten Analysen linker und rechter Initiativen. Für rechts getragene Initiativen erweisen sich beide sozioökonomischen Grössen als signifikant. Dabei fallen die Mehrheiten zwar gleich gerichtet aus wie für das Total der Initiativen, sind allerdings deutlicher akzentuiert: sowohl die höchste Einkommens- wie auch die höchste Bildungsgruppe haben die angenommenen rechten Initiativen im Unterschied zu den tieferen Schichten mehrheitlich verworfen. Umgekehrt formuliert bedeutet das, dass rechte Initiativen stärker von tieferen Schichten getragen werden.

Grafik 9

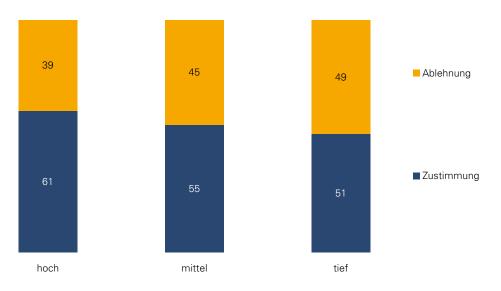


Gegenteilig präsentiert sich die Situation bei linken Initiativen - wenn auch in abgeschwächter Deutlichkeit. Zwar erweist sich der Einkommenseffekt bei Initiativen linker Gesinnung als hinfällig, aber der Bildungseffekt verläuft entgegengesetzt. Die höchste Bildungsgruppe stimmte im Unterschied zu den tieferen beiden signifikant deutlicher für die vier angenommenen linken Initiativen:

Grafik 10

Stimmabgabe angenommene linke Initiativen seit 2002 nach Schulbildung

in % Teilnehmender mit einer Ja- oder Nein-Stimme bei angenommenen linken Initiativen



© gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 3072), sig.

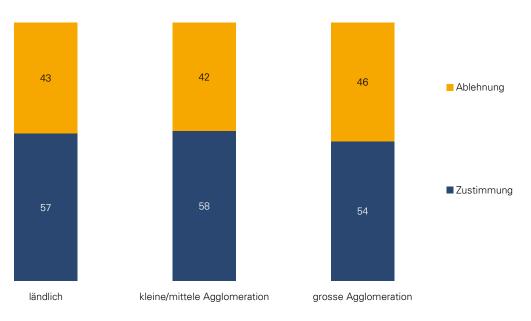
3.2.1 Regionales Zustimmungsprofil

Bezüglich räumlicher Grössen ist bemerkenswert, dass sich in der gesamthaften Betrachtung aller acht angenommenen Initiativen der letzten zehn Jahre einzig ein schwacher Effekt hinsichtlich der Siedlungsarten, nicht aber der Sprachregionen zeigt. Stimmberechtige aus kleinen und mittleren Agglomerationen stimmten leicht deutlicher für die Initiativen als solche in urbanen Gebieten. Die Unterschiede zu den ländlichen Regionen erweisen sich als statistisch nicht relevant.

Grafik 11

Stimmabgabe angenommene Initiativen seit 2002 nach Siedlungsart

in % Teilnehmender mit einer Ja- oder Nein-Stimme bei angenommenen Initiativen

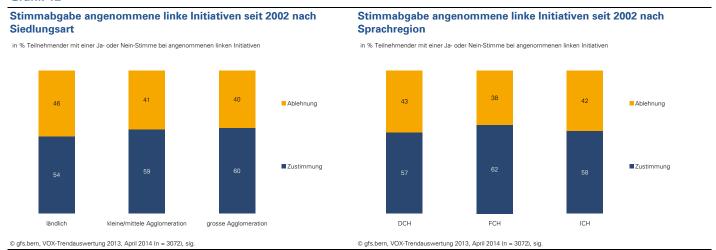


 \odot gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 5742), sig.

Werden nun aber linke und rechte Initiativen separat betrachtet, zeigen sich sowohl die Siedlungsart als auch die Sprachregion als signifikant spaltende Merkmale, wobei die Unterschiede beträchtlich sind. Die Unterschiede fallen bei den rechten Initiativen stärker aus als bei den linken, so dass bei ersteren von einem deutlichen regionalen Profil der Zustimmung gesprochen werden kann, bei letzteren hingegen von einem schwächeren Muster.

Bei den von Parteien aus dem linken Spektrum getragenen erfolgreichen Initiativen manifestiert sich ein Stadt-Land-Graben; die Zustimmung zu diesen fiel in städtischen Gebieten signifikant höher aus als in ländlichen, die Mehrheiten allerdings liegen in allen Siedlungsgebieten gleich.

Grafik 12



Leicht stärker akzentuiert präsentieren sich die Unterschiede in den Sprachregionen, denn in der Romandie genossen linke Initiativen mehr Rückhalt als in der Deutschschweiz und im Tessin.

Noch klarer ist das räumliche Profil bei den erfolgreichen rechten Initiativen, denn bei diesen finden sich sogar anders gerichtete Mehrheiten. So etwa in der Romandie, wo selbst die eidgenössisch erfolgreichen rechten Initiativen keine Zustimmungsmehrheiten fanden. Die Ja-Anteile dieser Initiativen lagen in der Deutschschweiz und im Tessin deutlich höher:

Grafik 13



Nach Siedlungsräumen betrachtet haben Initiativen mit Unterstützung aus dem rechten politischen Spektrum in urbanen Gebieten einen schwereren Stand als in kleinen und mittleren Agglomerationen oder auf dem Land. Auch hier liegen die Mehrheiten abweichend voneinander.

3.2.2 Politisches Zustimmungsprofil

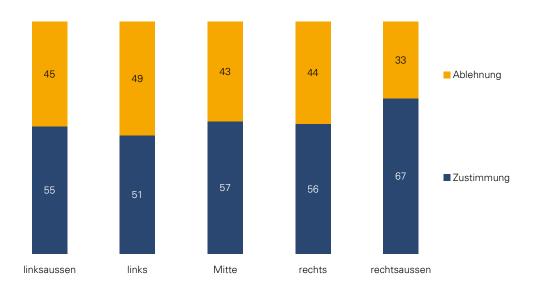
Zu den politischen Variablen zählen wir die Selbsteinstufung auf der Achse Links-Rechts, das Regierungsvertrauen und die Parteiaffinität. All diese Faktoren erweisen sich als signifikant in ihrem Einfluss auf das Zustimmungsprofil zu erfolgreichen Initiativen. Die Effekte sind allerdings auch hier unterschiedlich stark ausgeprägt.

Entlang der Links-Rechts-Achse zeigt sich, dass die Unterstützung für die angenommen acht Initiativen bei Stimmberechtigten, die sich selber als rechtsaussen beschreiben signifikant höher war als bei allen anderen. Weiter fiel sie bei Personen die sich mittig einstufen höher aus, als bei solchen die sich als

Grafik 14

Stimmabgabe angenommene Initiativen seit 2002 nach Einordnung **Links-Rechts**

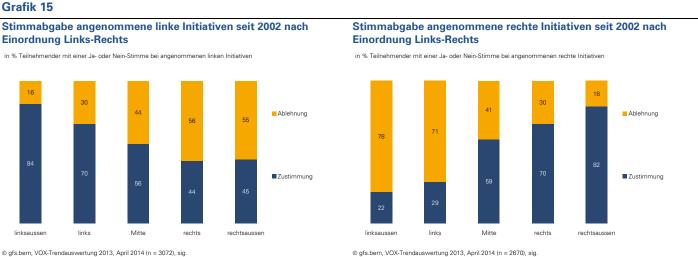
in % Teilnehmender mit einer Ja- oder Nein-Stimme bei angenommenen Initiativen



© gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 5742), sig.

Nach linken und rechten Initiativen separat betrachtet, bestätigt sich der Zusammenhang. Er verläuft allerdings in beiden Fällen linear ansteigend aus dem Winkel der politischen Befürworterschaft: Das heisst für die vier linken Initiativen steigt die Zustimmung deutlich an, je mehr sich eine Person als links bezeichnet - wobei die Zustimmung ab der Mitte mehrheitlich ist. Das genaue Gegenteil, allerdings noch dezidierter in der Ausprägung, zeigt sich bei den rechten Initiativen, die von Personen aus dem linken politischen Spektrum deutlich abgelehnt wurden und ebenfalls erst ab der Mitte bis hin zum rechten Pol mehrheitlich getragen wurden:

Grafik 15

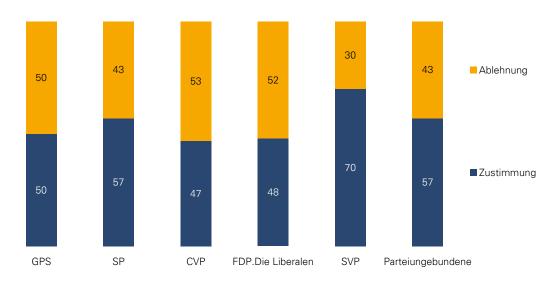


Deutliche Unterschiede in der Höhe der Zustimmung zu den untersuchten Initiativen finden sich weiter auch, wenn die Befragten nach Parteiaffinität gesondert betrachtet werden. Herausragend ist die Zustimmung zu diesen Initiativen bei Stimmberechtigten mit Sympathien für die SVP. Sie fällt in diesem Wählerumfeld signifikant höher aus als bei allen andern Wählersegmenten. Weiter erweisen sich Stimmberechtige ohne fixe Parteipräferenz besonders im Unterschied zu SympathisantInnen der Mitte-Parteien (FDP.Die Liberalen und CVP) als initiativfreundlicher. Die Zustimmung zu den acht erfolgreichen Initiativen fiel nämlich im Wählersegment der Mitte am tiefsten aus, so dass hier von einer mässigenden Kraft gesprochen werden kann. Stimmberechtigte mit Affinitäten für die SP nämlich stimmten, gerade im Vergleich zu den Mitte-WählerInnen, signifikant deutlicher für die Initiativen.

Grafik 16

Stimmabgabe angenommene Initiativen seit 2002 nach Parteibindung

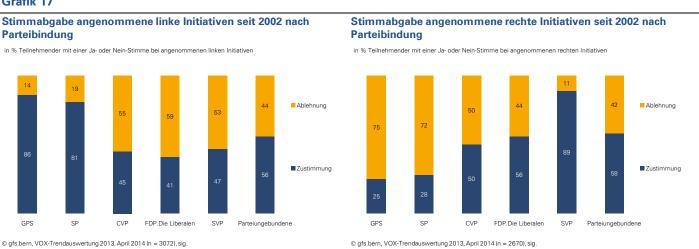
in % Teilnehmender mit einer Ja- oder Nein-Stimme bei angenommenen Initiativen



© gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 5742), sig.

Die Befunde zur getrennten Analyse linker und rechter erfolgreicher Initiativen fallen nach Parteiwählerschaften betrachtet ähnlich aus, wie nach der besprochenen Links-Rechts-Verortung. Linke Initiativen wurden von Sympathisantlnnen linker Parteien und Parteiungebundenen gutgeheissen, während sich die Zustimmung bei den Anhängern der beiden Mitteparteien dagegen lediglich auf eine Minderheit beschränkte. Etwas stärker werden die linken Initiativen dagegen von Sympathisierenden der SVP getragen.

Grafik 17



Rechte Initiativen wurden deutlich von SympathisantInnen der SVP und etwas weniger dezidiert von der Anhängerschaft der FDP.Die Liberalen und von Parteiungebundenen getragen, während Stimmberechtigte mit Affinitäten für die

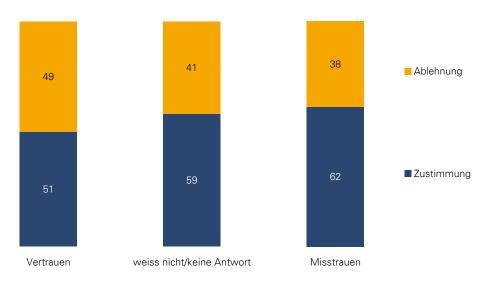
GPS oder die SP mehrheitlich Nein stimmten. Die CVP-affinen Stimmbürger verteilen sich jeweils hälftig aufs Ja und aufs Nein.

Eindeutige Befunde liefern zudem die Untersuchungen je nach Regierungsvertrauen der Stimmberechtigten. Jene, die der Regierung im Allgemeinen vertrauen, haben die acht angenommenen Initiativen signifikant häufiger verworfen, als Stimmberechtige mit Regierungsmisstrauen oder solche die sich unsicher äussern zum Thema Regierungsvertrauen:

Grafik 18

Stimmabgabe angenommene Initiativen seit 2002 nach Regierungsvertrauen

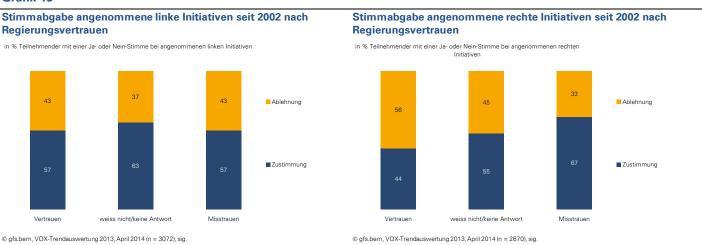
in % Teilnehmender mit einer Ja- oder Nein-Stimme bei angenommenen Initiativen



© gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 5742), sig.

Ebenso sieht der Zusammenhang unter den rechten Initiativen aus, wobei die Zustimmung für alle Merkmalsgruppen ca. 5 Prozent tiefer liegt - womit unter Personen, die der Regierung vertrauen, keine Mehrheit für die Initiative zustande kommt. Deutlich anders sieht der Zusammenhang zwischen dem Abstimmungsverhalten bei linken Initiativen und dem Regierungsvertrauen aus:

Grafik 19



Für die betrachteten linken Initiativen findet sich in allen Merkmalsgruppen eine zustimmende Mehrheit. Am deutlichsten ist diese jedoch unter den Personen, welche keine Angabe zur Frage machen, ob man der Regierung vertrauend oder misstrauend gegenübersteht.

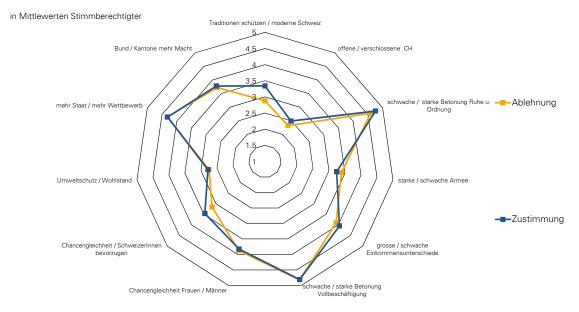
3.2.3 Ideologische Verankerung des Zustimmungsprofils zu Initiativen

Um es gleich vorweg zu nehmen, Stimmberechtige, die für respektive gegen die acht angenommenen Initiativen gestimmt haben unterscheiden sich in ihren ideologischen Haltungen nicht grundlegend. Nuancen kann man allerdings finden. Am stärksten auseinander liegen die Urteile bezüglich den beiden Wertepräferenzen 'Traditionen schützen' und 'moderne Schweiz'. BefürworterInnen der acht angenommen Initiativen sind deutlich stärker für eine traditionalistische Schweiz, wogegen die ablehnenden Stimmberechtigten Modernität bevorzugen. Letztere fordern zudem eher die Chancengleichheit von Schweizern und Ausländern, während die Initiativunterstützer eine Bevorzugung von SchweizerInnen wünschen. Auch wünschen sich Initiativ-BefürworterInnen etwas weniger deutlich eine offene Schweiz als Initiativ-GegnerInnen. Zusammenfassend könnte man das als restriktivere Haltung der Initiativ-BefürworterInnen in Fragen der Aussen- und Ausländerpolitik der Schweiz beschreiben.

Weiter unterscheiden sich Initiativ-BefürworterInnen von GegnerInnen hinsichtlich ihrer Werte durch eine leicht stärker ausgeprägte Präferenz zugunsten einer starken Armee, schwachen Einkommensunterschieden sowie einer stärkeren Betonung von Ruhe und Ordnung.

Grafik 20

Werteprofil Stimmabgabe zu erfolgreichen Initiaitiven



© gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 5742)

Die Unterschiede präsentieren sich weitaus deutlicher wenn man erneut nach linken und rechten Initiativen differenziert. Einig sind sich BefürworterInnen und GegnerInnen linker Initiativen im Grunde nur in zwei Punkten; beide Gruppen nehmen eine mittlere Position zwischen Traditionen und Moderne ein und beide Wünschen sich eine starke Betonung von Vollbeschäftigung. In allen anderen Wertfragen finden wir ein tendenziell konservativeres Muster für Befragte welche linke Initiativen abgelehnt haben gegenüber solchen die sie angenommen haben. Nein-Stimmende zu linken Initiativen betonen Ruhe und Ordnung stärker, sind viel deutlicher für eine starke Armee, für mehr Wettbewerb und Föderalismus. Auch betonen sie Wohlstand leicht stärker als Umweltschutz, sind für eine Bevorzugung von SchweizerInnen gegenüber AusländerInnen und weniger stark für die aktive Frauenförderung.

Werteprofil Stimmabgabe zu erfolgreichen linken Initiaitiven

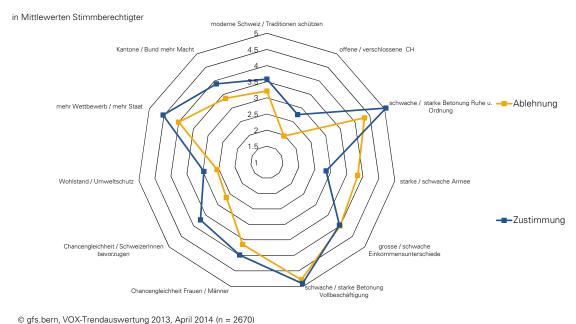


© gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 3072)

Das Werteprofil der Zustimmung zu rechten Initiativen präsentiert sich ähnlich wie jenes der Ablehnung linker Initiativen. Es ist allerdings in Armeefragen, in punkto Ruhe und Ordnung und in Bezug auf den Schutz von Schweizer Traditionen deutlicher akzentuiert.

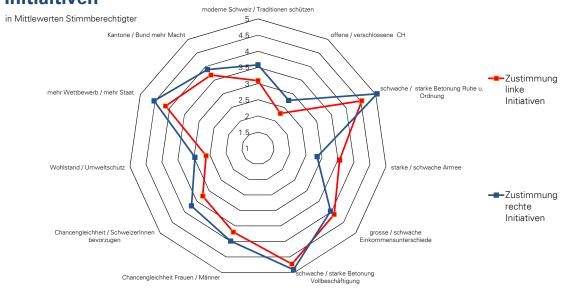
Grafik 22

Werteprofil Stimmabgabe zu erfolgreichen rechten Initiaitiven



Eine direkte Gegenüberstellung des Zustimmungsprofils zu rechten und linken Initiativen zeigt abschliessend, dass die grössten Unterschiede zwischen den Gruppen hinsichtlich der Werthaltungen zur Armee wie auch zur Aussen- und Migrationspolitik der Schweiz zu finden sind.

Vergleich Werteprofil Stimmabgabe zu erfolgreichen Initiaitiven



© gfs.bern, VOX-Trendauswertung 2013, April 2014 (n = 2670)

3.3 Zwischenbilanz

Zwischen 2004 und 2014 wurden 24 Prozent aller Initiativen, über die an der Urne abgestimmt wurde, gutgeheissen. In absoluten Zahlen waren dies sieben angenommene Initiativen. Für die vorliegende Analyse wurde der Untersuchungszeitraum auf 2002 bis 2013 festgelegt. Die politische Charakterisierung dieser angenommenen Initiativen weist kein eindeutiges Muster auf. Sowohl bezüglich der Urheberschaft als auch hinsichtlich des Themas finden wir Heterogenität. Aufgrund der Parteiparolen zu den jeweiligen Vorlagen wurden für die vorliegende Analyse genau die Hälfte als rechts, die andere Hälfte als links eingestuft.

Frauen stimmten, betrachtet über alle acht angenommen Initiativen, signifikant deutlicher für die angenommenen Initiativen als Männer. Dieser Unterschied zeigt sich nicht, wenn man nur die rechten Initiativen betrachtet, während man ihn, reduziert auf linke Initiativen, ebenfalls findet. In Bezug auf die Altersgruppen lassen sich zwei eindeutige Befunde festhalten: Während Rentner und Rentnerinnen sehr nahe am Mittel der Stimmberechtigten liegen, waren Befragte unter 40 häufiger gegen die angenommenen Initiativen als solche im Alter zwischen 40 und 64 Jahren, welche somit die initiativefreundlichste Altersgruppe darstellen. Nach linken und rechten Initiativen gesondert neutralisieren sich diese Unterschiede.

Von den sozioökonomischen Faktoren Einkommen und Bildung erweisen sich beide als relevant in Bezug auf die Stimmentscheide zu den acht Initiativen. Während sich Befragte aus der höchsten Einkommensgruppe beinahe gleich häufig für respektive gegen die angenommen Initiativen entschieden haben, fällt das Verhältnis in den Einkommensgruppen darunter klarer für die Initiativen aus. Etwas weniger deutlich aber tendenziell gleich gerichtet erkennt man diesen Effekt auch für die Bildungsschichten: Stimmberechtigte mit tiefer bis mittlerer Schulbildung haben die angenommen Initiativen signifikant stärker unterstützt als solche mit hoher Bildung. Diese beiden sozioökonomischen Faktoren erweisen sich auch für rechts getragene Initiativen als signifikant. Die Zusammenhänge weisen dabei die gleiche Richtung auf wie im Gesamten betrachtet,

fallen allerdings stärker ins Gewicht, denn sowohl die höchste Einkommenswie auch die höchste Bildungsgruppe haben die angenommenen Initiativen im Unterschied zu den tieferen Schichten mehrheitlich verworfen - sprich: Rechte Initiativen werden stärker von tieferen Schichten getragen. Gegenteilig, wenn auch in abgeschwächter Deutlichkeit, präsentiert sich die Situation bei linken Initiativen.

In Bezug auf räumliche Grössen erkennt man in der Gesamtbetrachtung aller acht angenommenen Initiativen einen schwachen Effekt hinsichtlich der Siedlungsarten, nicht aber bezüglich der Sprachregion. Werden nun linke und rechte Initiativen je separat betrachtet, zeigt sich sowohl die Siedlungsart als auch die Sprachregion als signifikant spaltendes Merkmal und die Unterschiede sind deutlicher: Bei linken Initiativen finden sich in allen Merkmalsgruppen unterstützende Mehrheiten. Deutlich stärker werden die jeweiligen Initiativen allerdings in kleinen/mittleren bis grossen Agglomerationen und in der Romandie getragen, wogegen die Zustimmung in den jeweiligen Gegengruppen geringer ausfällt. Gegenteiliges gilt für rechte Initiativen. Diesbezüglich findet man die grösste Unterstützung in der Italienischsprachigen Schweiz, gefolgt von der Deutschschweiz. In der Romandie findet man nur eine knappe Minderheit, welche die angenommenen rechten Initiativen unterstützte. Dies gilt auch für grosse Agglomerationen, während kleine/mittlere Agglomerationen und noch dezidierter ländliche Gebiete rechte Initiativen unterstützen.

Als signifikant erweisen sich auch die drei betrachteten politischen Faktoren: Links-Rechts, Regierungsvertrauen und Parteiaffinität. Dies trifft sowohl für die gesamthafte Betrachtung aller Initiativen als auch gesondert nach linken bzw. rechten Initiativen zu. Entlang der Links-Rechts-Achse zeigt sich, dass die Unterstützung für die angenommen acht Initiativen bei Stimmberechtigten, die sich selber als rechtsaussen beschreiben signifikant höher war als bei allen anderen. Analog dazu ist die Zustimmung zu allen acht Initiativen bei Stimmberechtigten mit Sympathien für die SVP am auffälligsten. Am geringsten fiel die Zustimmung innerhalb der Anhängerschaft der beiden Mitteparteien FDP.Die Liberalen und CVP aus.

Nach linken und rechten Initiativen separat betrachtet, bestätigt sich der Zusammenhang zwischen der Selbsteinordnung auf der Links-Rechts-Skala und dem Abstimmungsverhalten, er verläuft in beiden Fällen linear ansteigend aus dem Winkel der politischen Befürworterschaft. Untersucht man den Einfluss der Parteiaffinität separat nach rechten und linken Initiativen, so findet man in beiden Fällen eine mehrheitliche Zustimmung unter den Parteiungebundenen. Bei den Linken Initiativen findet man zudem eine klare Mehrheit unter den Sympathisierenden der beiden linken Parteien GPS und SP. Dagegen findet man bei rechten Initiativen die zustimmenden Mehrheiten unter den Anhängern der SVP und der FDP.Die Liberalen.

Stimmberechtigte, die der Regierung vertrauen, haben die acht angenommenen Initiativen signifikant häufiger verworfen, als Stimmberechtige mit Regierungsmisstrauen oder solche, die sich unsicher äussern zum Thema Regierungsvertrauen. Bei den linken Initiativen findet man sowohl unter Personen, die der Regierung vertrauend als auch misstrauend gegenüberstehen zustimmende Mehrheiten. Am deutlichsten ist in diesen Fällen jedoch die Zustimmung unter den Personen, die zur Frage nach dem Regierungsvertrauen keine Meinung äussern. Bei Initiativen, die von Rechten getragen werden, finden wir unter Misstrauischen wie auch unter den Unentschiedenen zustimmende Mehrheiten, während Personen, die der Regierung Vertrauen entgegenbringen, mehrheitlich ein Nein in die Urne legten.

Die wertemässige Verortung von BefürworterInnen und GegnerInnen der angenommen Initiativen wird erst wirklich deutlich, wenn man zwischen Linken und Rechten Initiativen unterscheidet.

Einig sind sich BefürworterInnen und GegnerInnen linker Initiativen im Grunde nur in zwei Punkten; beide Gruppen nehmen eine mittlere Position zwischen Traditionen und Moderne ein und beide Wünschen sich eine starke Betonung von Vollbeschäftigung. In allen anderen Wertfragen finden wir ein tendenziell konservativeres Muster für Befragte welche linke Initiativen abgelehnt haben gegenüber solchen die sie angenommen haben. Das Werteprofil der Zustimmung zu rechten Initiativen präsentiert sich ähnlich wie jenes der Ablehnung linker Initiativen, ist allerdings in Armeefragen, punkto Ruhen und Ordnung und in Bezug auf den Schutz von Schweizer Traditionen noch deutlicher akzentuiert.

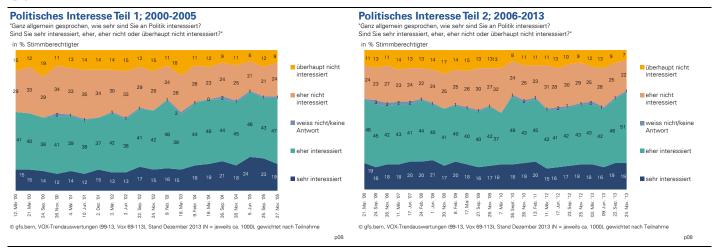
Eine direkte Gegenüberstellung der Zustimmungsprofile zu rechten und linken Initiativen zeigt, dass die grössten Unterschiede in Bezug auf Werthaltungen zur Armee, zur Aussen- und Migrationspolitik der Schweiz vorzufinden sind. Dabei sind die Werthaltungen der Befürwortung von Initiativen konsistent mit dem jeweiligen politischen Lager der Initianten.

4 Allgemeine Befunde

4.1 Politische Grundhaltungen

Das politische Interesse der Schweizer Stimmberechtigten flaute nach den Wahlen 2011 kurzfristig leicht ab, folgt seither jedoch einem deutlichen Aufwärtstrend, der sich 2013 aufs Allerdeutlichste bestätigte und in einem Rekordwert für die Abstimmung vom November 2013 gipfelte. 70 Prozent der Befragten gaben zu diesem Zeitpunkt an, eher oder sehr an Politik interessiert zu sein; ein Wert, der zuvor einzig 2005 einmal erreicht wurde. Sollte sich dieser Wert 2014 bestätigen, könnte von einem neuen und erhöhten Niveau an Politikinteresse die Rede sein.

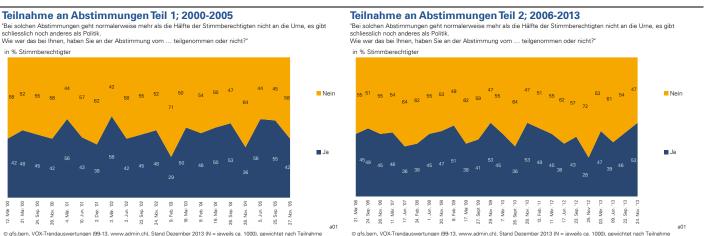
Grafik 24



Die Beteiligung an den Abstimmungen bleibt weiterhin stark vorlagenabhängig. Durchschnittlich betrug sie im Jahr 2013 46.9 Prozent und lag somit wieder über dem Mittel der vergangenen Dekade (Stimmbeteiligung 1991-2010 \emptyset 44.1%)¹.

Nach einem historischen Tiefstwert der Beteiligung im November 2012, lag sie bereits im Februar 2013 nahe am Mittel der letzten zehn Jahre. Dasselbe gilt für die Teilnahme an der September-Abstimmung im Jahr 2013. Im Juni allerdings war sie klar tiefer. Deutlich über dem Mittel lag die Beteiligung schliesslich mit 53 Prozent im November 2013.

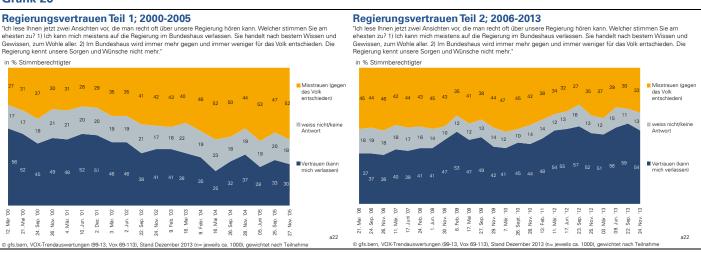
Grafik 25



¹Quelle: http://www.bfs.admin.ch / 20.03.2014

Erfreulich fällt die Bilanzierung des Regierungsvertrauens aus; stabil über das gesamte Jahr 2013 hinweg gab eine Mehrheit der Stimmberechtigten an, sich auf die Regierung im Bundeshaus verlassen zu können. Somit setzt sich der bereits 2012 konstatierte positive Trend weiter fort. Der von 2000 bis 2005 anhaltende Negativ-Trend wurde 2006 gebrochen und das Regierungsvertrauen hat sich von seiner Krise, die Ende 2006 ihren Höhepunkt erreichte, weiter erholt. Es ist augenfällig, dass das Regierungsvertrauen unter den Verletzungen des Kollegialitätsprinzips und weiteren Reibereien unter den Regierungsmitglieder in der Zeit zwischen 2003 und 2007 gelitten hat.

Grafik 26



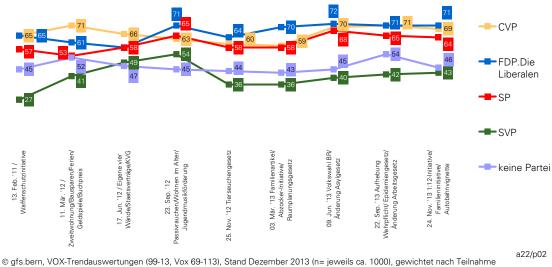
Die Aufschlüsselung des Regierungsvertrauens nach Parteiwählerschaften zeigt, dass dieses bei den Mitte-Parteien am höchsten ist (FDP.Die Liberalen, CVP). Das Mittelfeld bildet die SP-Wählerschaft, die noch mehrheitlich der Regierung vertraut. Dies war bei den Schlusslichtern (Parteiungebundene und SVP) nicht der Fall. Allerdings zeichnete sich gerade bei Personen ohne feste Parteibindung über das Jahr 2013 hinweg ein positiver Trend ab, der im September gar durch mehrheitliches Vertrauen gekennzeichnet war. Im November 2013 riss dieser Trend allerdings abrupt ab.

Grafik 27

Regierungsvertrauen nach Parteibindung Teil 4; 2011-2013

"Ich lese Ihnen jetzt zwei Ansichten vor, die man recht oft über unsere Regierung hören kann. Welcher stimmen Sie am ehesten zu? 1) Ich kann mich meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen. Sie handelt nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle aller. 2) Im Bundeshaus wird immer mehr gegen und immer weniger für das Volk entschieden. Die Regierung kennt unsere Sorgen und Wünsche nicht mehr."

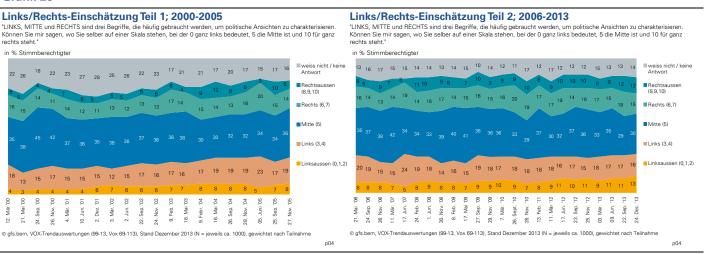
in % Stimmberechtigter mit Regierungsvertrauen nach Parteibindung



Während das Regierungsvertrauen von CVP-nahen Stimmberechtigten über das gesamte Jahr 2012 hinweg eher erodierte, baute es sich 2013 in diesem Wählersegment wieder auf. Auf hohem Niveau stabil präsentiert sich das Vertrauen in die Regierung bei Stimmberechtigten aus dem FDP.Die Liberalen-Umfeld. Leicht angestiegen ist das Vertrauen über das gesamte Jahr 2013 hinweg betrachtet im Umfeld der potenziellen SVP-Wählerschaft.

Die politische Ausrichtung der Stimmberechtigten Schweizer und Schweizerinnen auf der Links-Rechts-Achse bestätigt insgesamt das Bild wie es im Vorjahr gezeichnet wurde: Der linke Teil des politischen Spektrums stagniert bei etwas mehr als einem Viertel der Stimmberechtigten, ebenso wie der Anteil an Personen, die sich nicht verorten können, während Verschiebungen eher zwischen der Mitte und dem rechten Spektrum geschehen. 2013 geschah diese Verschiebung eher wieder zugunsten des rechten Pols und zwar vor allem in der zweiten Jahreshälfte.

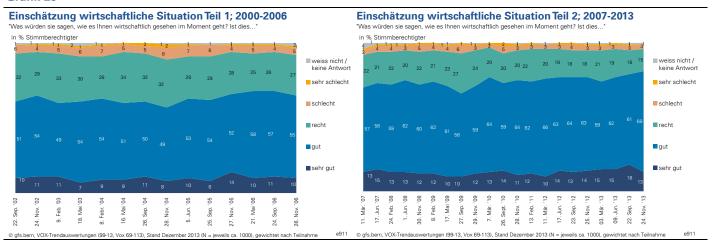
Grafik 28



4.2 Wirtschaftliche Situation

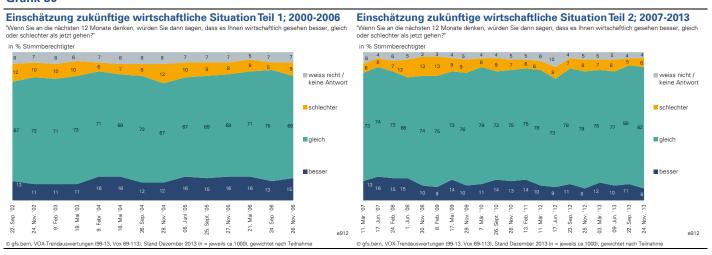
Die Einschätzung der aktuellen persönlichen wirtschaftlichen Situation hat sich weiterhin verbessert und kann als Bewusstsein, die wirtschaftlichen Unsicherheiten der letzten Jahre im Gegensatz zu einigen Nachbarländern gut überstanden zu haben, gewertet werden. Nur klar minderheitliche und stabile drei bis vier Prozent beschreiben die eigene wirtschaftliche Lage als schlecht bis sehr schlecht - die überwiegende Mehrheit beschreibt sie als gut bis sehr gut. Kurzaber auch längerfristig betrachtet ist dabei eine Verschiebung von der Kategorie 'recht' zu 'gut' zu beobachten.

Grafik 29



Auch sind wirtschaftliche Zukunftsängste nur sehr beschränkt vorhanden. 2013 äusserten zwischen fünf und acht Prozent der Befragten Bedenken, was ihre künftige wirtschaftliche Situation anbelangt. Der Grossteil der Befragten geht mit Anteilen von 76 bis 82 Prozent davon aus, dass ihre wirtschaftliche Situation in den nächsten zwölf Monaten gleich bleiben wird und nur wenige glauben an eine Verbesserung (8-12 Prozent). Die längerfristige dynamische Betrachtung zeigt, dass sich eine gewisse Zukunftsskepsis im Jahr 2008 breiter machte als üblich, danach aber relativ schnell wieder abklang. Allerdings bleiben Spuren davon sichtbar, denn der Anteil an Befragten die an eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation glauben, war nach 2008 nie mehr so hoch wie davor.

Grafik 30



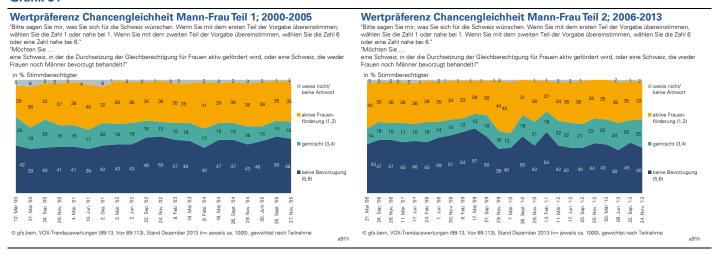
Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation ist insgesamt von grosser Stabilität und Optimismus gekennzeichnet und wurde von den Turbulenzen der Märkte in den letzten Jahren nicht nachhaltig negativ beeinträchtigt. Im Gegenteil – man ist sich des eigene Wohlergehens und der Stabilität in der Schweiz bewusst und dafür dankbar.

4.3 Werthaltungen

Frauenquoten, sei es in der Verwaltung oder in den Chefetagen von Unternehmen, bleiben ein Thema des öffentlichen Diskurses in der Schweiz. Auf die Wertpräferenz der Schweizer Stimmberechtigten in dieser Frage sind kurzfristig keine heftigen Auswirkungen erkennbar, ein gewisses Mass an Schwankungen ist in der längerfristigen Perspektive allerdings offenkundig.

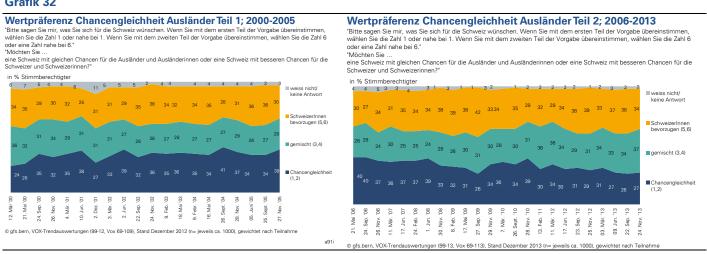
Zuerst zum Stand 2013; etwas mehr als ein Drittel der Befragten sprach sich 2012 für eine aktive Frauenförderung aus und zwischen 40 und 45 Prozent sind gegen eine Bevorzugung von Frauen gegenüber Männern. Die dynamische Betrachtung der Daten zeigt zudem eine gewisse Instabilität der Einschätzung in den Jahren 2010 und 2011, die sich 2013 jedoch wieder beruhigte. Es lässt sich weiter ablesen, dass diese Fluktuation der Einschätzungen ab 2006 einer zunehmenden Skepsis der aktiven Frauenförderung voranging bis zum Wendepunkt 2009. Nachhaltige Vorbehalte zeichnen sich allerdings nicht ab.

Grafik 31



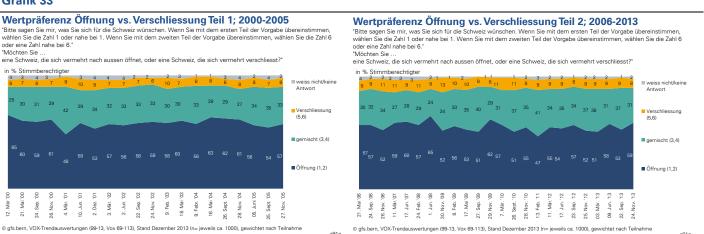
Der 2012 festgehaltene Trend hin zu einer Bevorzugung von SchweizerInnen gegenüber AusländerInnen schritt 2013 zwar nicht weiter voran, der Anteil der Befragten, der eine solche Bevorzugung wünscht, hält sich aber auf erhöhtem Niveau. Zudem ist er das zweite Jahr in Folge konstant höher als der Anteil von Voten für Chancengleichheit zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen.

Grafik 32



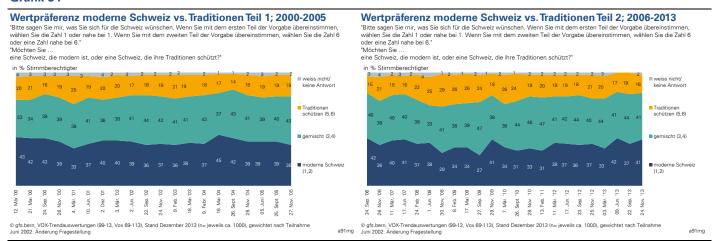
Die Präferenzen der Stimmberechtigten zur Schweizer Aussenpolitik haben sich 2013 verschoben: Einem stabilen Sockel um die neun Prozent, der eine Verschliessung der Schweiz einer Öffnung vorzieht, steht 2013 eine leicht angewachsenen Mehrheit gegenüber, die sich klar für die Öffnung der Schweiz nach aussen ausspricht. Dieser Anstieg geschah auf Kosten gemischter Voten, wie sie in etwa der Realpolitik betreffend der EU entsprechen.

Grafik 33



Zwischen Tradition und Moderne für die Schweiz bevorzugen 2013 wieder mehr Stimmberechtige eine moderne Schweiz, Traditionalismustendenzen wie sie sich zwischen 2008 und 2010 abzeichneten sind eher wieder rückläufig.

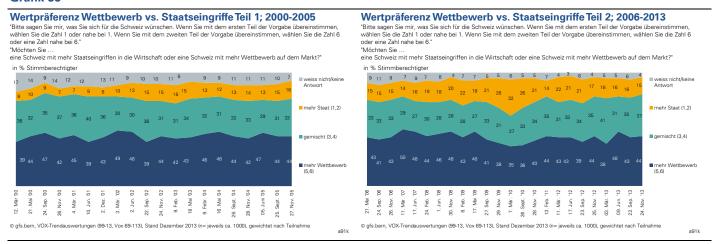
Grafik 34



Interessant sind 2013 - vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Umfelds einerseits, der Abstimmungen des letzten Jahres andererseits - die Entwicklungen der Wertpräferenzen in strikt wirtschaftlichen Fragen.

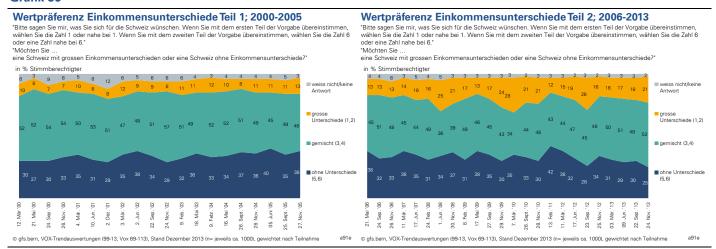
Die Wertepräferenz zwischen Staatseingriffen und Wettbewerb fiel Anfang 2013 noch gemischt aus, danach kippte das Verhältnis aber zugunsten von mehr Wettbewerb. Möglich ist, dass die Annahme der Abzocker-Initiative hier den Impuls gegeben hat.

Grafik 35



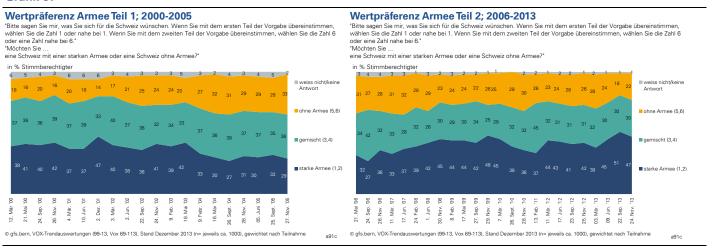
Eindeutiger ist der Trend bei Werthaltungen zu Einkommensfragen: Im Einklang mit dem Stimmentscheid zur 1:12-Initative (November 2013), aber entgegen jenem zur Abzocker-Initiative (März 2013) ist 2013 eine leichte Verschiebung der Präferenz hin zu einer Schweiz mit grossen Einkommensunterschieden festzuhalten. Zwar stellt sich nach wie vor die Mehrheit der Befragten auf eine gemässigte und gemischte Position, 16 bis 21 Prozent der Befragten geben aber an, eine Schweiz mit grossen Einkommensunterschieden zu bevorzugen. Dieser Anteil ist kurzfristig angestiegen. Auch die langfristige Betrachtung der Daten bestätigt diesen Trend. Bis Mitte der Nullerjahre zeigte der Trend hin zu mehr Lohngleichheit, 2007 aber kippte die Stimmung und seither wachsen die Anteile von Befragten die grosse Lohnunterschiede bevorzugt an.

Grafik 36



Auch die Wertpräferenzen zu Armeefragen scheinen in der Schweizer Stimmbürgerschaft zyklisch zu verlaufen: Zwischen 2004 und 2006 machte sich vermehrt Skepsis gegenüber der Armee breit, in den Folgejahren häuften sich jedoch armeefreundliche Voten wieder und brachen diesen Trend. Die jüngsten Zahlen bestätigen dies. Der September 2013 stellt gar den Rekordwert bei Äusserungen für eine starke Armee innerhalb der Untersuchungsreihe dar. Ein Sockel von plus-minus einem Viertel armeekritischer Voten hält sich allerdings trotz der kurzfristig starken Unterstützung für die Armee.

Grafik 37



4.4 Nationale und persönliche Bedeutung von Vorlagen

Sämtlichen 2013 abgestimmten Behördenvorlagen wird mit Werten von mindestens sechs Punkten eine tendenziell hohe nationale Bedeutung zugemessen, wie der Zeitvergleich deutlich macht. Die geringste nationale Bedeutung wurde 2013 der Vorlage zur Änderung des Arbeitsgesetzes beigemessen.

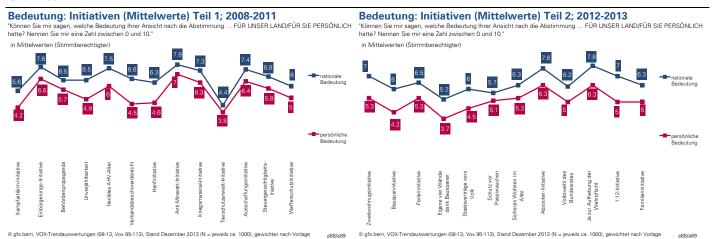
Werte von sieben und mehr Punkten gelten als sehr hoch und wurden 2013 bei zwei Behördenvorlagen (Änderung Asylgesetz, Raumplanungsgesetz) und drei Initiativen erreicht (Abzocker-Initiative, Aufhebung der Wehrpflicht, 1:12-Initiative). Inhaltlich waren es 2013 somit Lohnfragen, das Asylwesen, die Raumplanung und die Wehrpflicht, welche von den StimmbürgerInnen als bedeutungsvoll für die Nation eingestuft wurden.

Grafik 38



Die persönliche Bedeutung von Abstimmungsvorlagen wird dabei durchs Band tiefer eingestuft als die nationale. Anders aber als in den Vorjahren, ist die persönliche Bedeutung von Initiativen 2013 im Mittel knapp tiefer ausgefallen als bei Behördenvorlagen - und das obwohl zwei Initiativen eine vergleichsweise erhöhte nationale aber auch persönliche Bedeutung zugeschrieben wurde.

Grafik 39

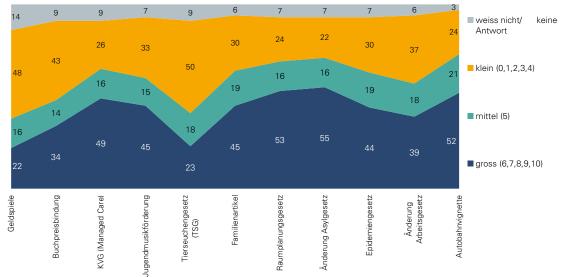


Von allen Behördenvorlagen, die 2013 zur Abstimmung gelangten, wurde der Autobahnvignette die höchste persönliche Bedeutung zugemessen und dem Epidemiengesetz die geringste. Dabei wurde das Epidemiengesetz angenommen (60% Ja), die Autobahnvignette hingegen verworfen (60.5% Nein). Für Mehrheiten von grosser nationaler Bedeutung waren weiter das Raumplanungsgesetz und die Änderung des Asylgesetzes, nicht aber der Familienartikel, der am Ständemehr scheiterte und die Änderung des Arbeitsgesetzes, die angenommen wurde.

Persönliche Bedeutung: Behördenvorlagen Teil 4; 2012-2013

"Können Sie mir sagen, welche Bedeutung Ihrer Ansicht nach die Abstimmung ... FÜR SIE PERSÖNLICH hatte? Nennen Sie mir eine Zahl zwischen 0 und 10."





© gfs.bern, VOX-Trendauswertungen (99-13, Vox 69-113), Stand Dezember 2013 (N = jeweils ca. 1000), gewichtet nach Vorlage

* Volksinitiative, die von den Behörden akzeptiert worden ist

a89

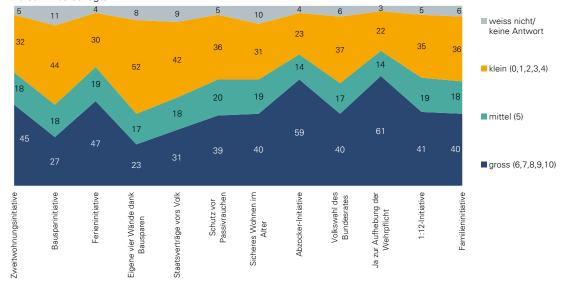
Fünf Initiativen gelangten 2013 an die Urne und mit der Abzocker-Initiative eine, die vom Stimmvolk gutgeheissen wurde. Bezeichnenderweise wurde gerade auch dieser Vorlage eine hohe persönliche Bedeutung zugemessen, wovon auch die Emotionalität des dazugehörigen Abstimmungskampfes zeugte. Ebenfalls einen hohen Wert erzielte die Abschaffung der Wehrpflicht, die allerdings deutlich abgelehnt wurde.

Grafik 41

Persönliche Bedeutung: Initiativen Teil 3; 2012-2013

"Können Sie mir sagen, welche Bedeutung Ihrer Ansicht nach die Abstimmung ... FÜR SIE PERSÖNLICH hatte? Nennen Sie mir eine Zahl zwischen 0 und 10."

in % Stimmberechtigter



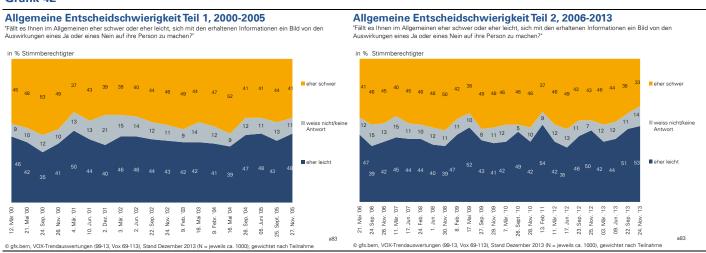
© gfs.bern, VOX-Trendauswertungen (99-13, Vox 69-113), Stand Dezember 2013 (N = jeweils ca. 1000), gewichtet nach Vorlage

a89

4.5 Meinungsbildung

Ganz allgemein fiel es den Stimmberechtigten über das gesamte Jahr 2013 hinweg betrachtet zunehmend leichter, sich eine Meinung zu den Vorlagen zu bilden. Bei den Abstimmungen vom September und November gaben gar Mehrheiten an, die Entscheidungsfindung sei ihnen leicht gefallen und die Konsequenzen eines Stimmentscheids seien klar gewesen. Dagegen wurde die Entscheidungsfindung bei den ersten beiden Abstimmungen 2013 tendenziell als schwer eingestuft. Die Detailbetrachtung legt nahe, dass die Entscheidungsschwierigkeit mit der Anzahl der zur Abstimmung kommenden Vorlagen steigt, aber nicht ausschliesslich davon abhängig ist. Im März 2012 wurde über fünf Vorlagen abgestimmt, die Entscheidungsfindung fiel relativmehrheitlich schwer. Ebenso im November 2008, als auch fünf Vorlagen zur Abstimmungen gelangten. 2013 hielt sich die Anzahl der Vorlagen mit maximal drei pro Abstimmungssonntag in Grenzen.

Grafik 42

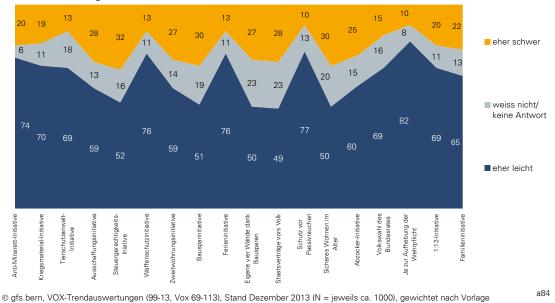


Vergleicht man allerdings die Entscheidungsschwierigkeit bei Initiativen mit jener bei Behördenvorlagen, fällt auf, dass die Entscheidungsfindung bei Initiativen in aller Regel als leichter eingestuft wird. 2013 bestätigt sich dieser Befund jedoch nur teilweise, denn die Stimmentscheide zu Initiativen gingen 2013 zwar Mehrheiten leicht von der Hand, gleiches gilt aber auch für gewisse Behördenvorlagen.

Entscheidschwierigkeit Initiativen Teil 3; 2009-2013

"Fällt es eher schwer oder eher leicht, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den Auswirkungen eines Ja oder eines Nein der Vorlage auf ihre Person zu machen?"

in % Stimmberechtigter

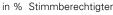


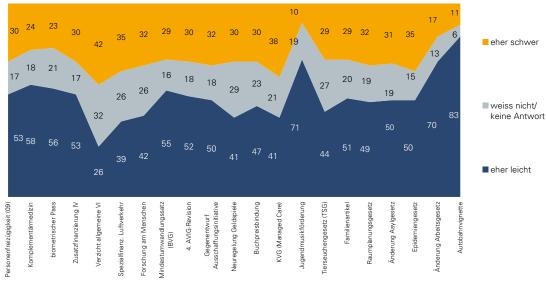
Die Ausnahmen hier betreffen die Änderung des Arbeitsgesetzes und die Autobahnvignette. Bei diesen beiden Behördenvorlagen gaben mit 70 respektive 83 Prozent der Befragten deutliche Mehrheiten an, der Entscheid sei leicht gefallen. Es ist möglich, dass dies mit der Alltagsnähe dieser beiden Vorlagen zusammenhängt, die beim Epidemiengesetz etwa klar weniger gegeben ist. Die Vergleichswerte liegen bei den übrigen im Jahr 2013 zur Abstimmung gekommenen Behördenvorlagen um die 50 Prozent.

Grafik 44

Entscheidschwierigkeit: Behördenvorlagen Teil 3; 2009-2013

"Fällt es eher schwer oder eher leicht, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den Auswirkungen eines Ja oder eines Nein der Vorlage auf ihre Person zu machen?"



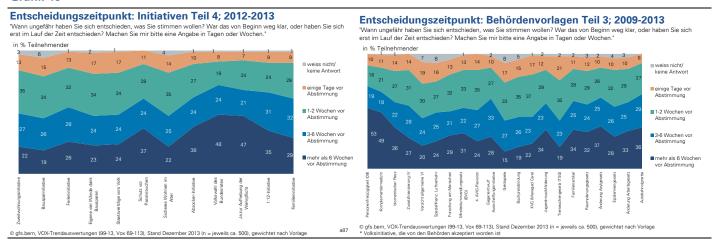


© gfs.bern, VOX-Trendauswertungen (99-13, Vox 69-113), Stand Dezember 2013 (N = jeweils ca. 1000), gewichtet nach Vorlage * Volksinitiative, die von den Behörden akzeptiert wurde

Der Zeitpunkt des Stimmentscheids war auch 2013 weitestgehend unabhängig vom Vorlagentyp. Regelmässig entscheiden sich mit ungefähr 30 Prozent die meisten Stimmberechtigten ein bis zwei Wochen vor der Abstimmung. Ein

Viertel fasst Stimmentscheide zwei bis sechs Wochen vor der Abstimmung und etwa ein Drittel noch früher. Den kleinsten Anteil stellen regelmässig Stimmberechtige, die sich erst unmittelbar vor der Abstimmung entscheiden. Abweichungen von dieser groben Verteilung gab es bei zwei Initiativen, wo sich überdurchschnittlich viele StimmbürgerInnen sehr früh entscheiden hatten; bei der Initiative zur Volkswahl des Bundesrates und bei jener zur Abschaffung der Wehrpflicht. Beide wurden wuchtig abgelehnt.

Grafik 45



4.6 Mediennutzung

Die Topmedien zur Orientierung im Abstimmungskampf bleiben unverändert die klassischen Kanäle: Zeitungsartikel, Bundesbüchlein, Fernsehen und Radio. Generell lässt sich festhalten, dass das Bundesbüchlein bei einer hohen Anzahl Vorlagen und bei Abstimmungen zu Behördenvorlagen überdurchschnittlich genutzt wird. Eine eher unterdurchschnittliche Nutzung ist hingegen dann festzustellen, wenn nur über Initiativen abgestimmt wird, respektive wenn Initiativen vor der Abstimmung mehr Aufmerksamkeit erfahren als Behördenvorlagen, über die gleichentags abgestimmt wird. Das war eindeutig der Fall bei der März- und bei der November-Abstimmung des Jahres 2013, wo über die viel diskutierte Abzocker-Initiative respektive die 1:12-Initiative abgestimmt wurde.

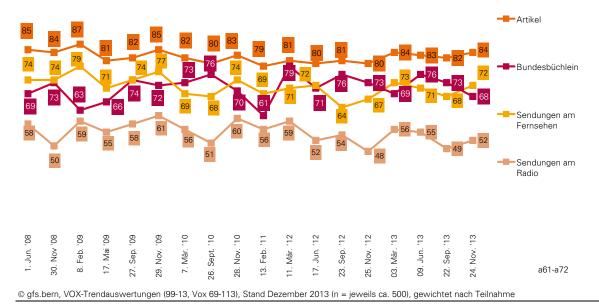
Ein anderer Fall eher unterdurchschnittlicher Nutzung des Bundesbüchleins liegt bei intensiver (rechts-) populistischer Kampagnenführung vor; so etwa im Fall der 2009er und 2005er Abstimmung zur Personenfreizügigkeit.

Das Bundesbüchlein gehört dennoch über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg unbestritten zu den wichtigsten Medien und wird stets mindestens von der Hälfte der Teilnehmenden zur Orientierung benutzt. Zeitungsartikel werden stabil auf hohem Niveau konsultiert, Sendungen im TV oder Radio hingegen unterliegen stärkeren Schwankungen, sind aber ebenso für Mehrheiten wichtige Medien.

Nutzung Medien Teil 1.3; 2008-2013

"Wie haben Sie sich während des Abstimmungskampfes orientiert? Durch welche Medien haben Sie vom Pro und Kontra vernommen? Sagen Sie mir bitte jeweils, was Sie persönlich zur Information über die verschiedenen Standpunkte benutzt haben oder nicht."

in % Teilnehmende



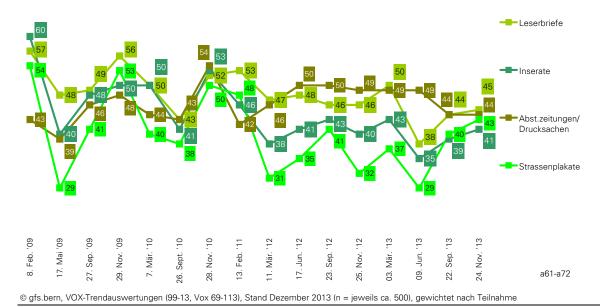
Das Mittelfeld der Mediennutzung in Abstimmungskämpfen ist in der Regel durch Leserbriefe, Inserate, Drucksachen und Strassenplakate definiert.

Grafik 47

Nutzung Medien Teil 2.3; 2009-2013

"Wie haben Sie sich während des Abstimmungskampfes orientiert? Durch welche Medien haben Sie vom Pro und Kontra vernommen? Sagen Sie mir bitte jeweils, was Sie persönlich zur Information über die verschiedenen Standpunkte benutzt haben oder nicht."

in % Teilnehmende

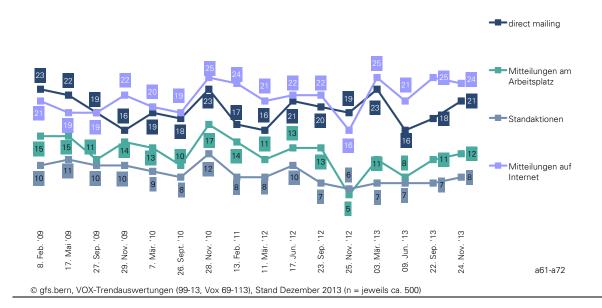


Nur von Minderheiten aktiv zur Entscheidungsfindung genutzt wurden auch 2013 Mitteilungen im Internet, Direktversände, Mitteilungen am Arbeitsplatz, beziehungsweise Standaktionen. Die Nutzung des Internets scheint sich auf einem Niveau von einem Viertel einzupendeln.

Nutzung Medien Teil 3.3; 2009-2013

"Wie haben Sie sich während des Abstimmungskampfes orientiert? Durch welche Medien haben Sie vom Pro und Kontra vernommen? Sagen Sie mir bitte jeweils, was Sie persönlich zur Information über die verschiedenen Standpunkte benutzt haben oder nicht."

in % Teilnehmende



4.7 Die Zwischenbilanz

Das politische Interesse der Schweizer StimmbürgerInnen flachte im Nachgang der Wahlen 2011 kurzfristig leicht ab. Seither erkennt man jedoch einen deutlichen Aufwärtstrend, der 2013 in einem Rekordwert für die Abstimmung vom November 2013 gipfelte. 70 Prozent der Befragten gaben zu diesem Zeitpunkt an, eher oder sehr an Politik interessiert zu sein.

Erfreulich fällt wiederum die Bilanzierung des Regierungsvertrauens aus; stabil über das gesamte Jahr 2013 hinweg gab eine Mehrheit der Stimmberechtigten an, sich auf die Regierung im Bundeshaus verlassen zu können. Die Aufschlüsselung des Regierungsvertrauens nach Parteiwählerschaften zeigt, dass dieses bei den Mitte-Parteien am höchsten ist (FDP.Die Liberalen, CVP). Bei der SP-Wählerschaft vertraut man der Regierung auch noch mehrheitlich, wogegen Parteiungebundene und SVP-affine Personen nur minderheitlich Vertrauen in die Regierung setzen.

Die Einschätzung der aktuellen persönlichen wirtschaftlichen Situation hat sich weiterhin verbessert. Dies kann als Bewusstsein gedeutet werden, die wirtschaftlichen Unsicherheiten der letzten Jahre gut überstanden zu haben. Auch der Zukunft ist man wohlgesinnt und der Grossteil der Befragten geht davon aus, dass ihre wirtschaftliche Situation in den nächsten zwölf Monaten gleich bleiben oder sich sogar verbessern wird. Es ist möglich, dass das Regierungsvertrauen vor diesem Hintergrund wieder angestiegen ist, schliesslich gelang es der Regierung, die Schweiz relativ unversehrt durch die wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre zu steuern.

Der Anteil der Befragten der eine Bevorzugung von SchweizerInnen gegenüber AusländerInnen wünscht, blieb 2013 auf erhöhtem Niveau konstant. Zudem ist er das zweite Jahr in Folge höher als der Anteil von Voten für Chancengleichheit zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen. Die Präferenzen der Stimmberechtigten zur Schweizer Aussenpolitik haben sich 2013 verschoben: Einem stabilen Sockel um die neun Prozent, der eine Verschliessung der Schweiz einer Öffnung vorzieht, steht 2013 eine leicht angewachsenen Mehr-

heit gegenüber, die sich klar für die Öffnung der Schweiz nach aussen ausspricht. Zudem bevorzugen 2013 Stimmberechtige wieder vermehrt eine moderne Schweiz gegenüber dem Schutz von Traditionen. Die Wertepräferenz zwischen Staatseingriffen und Wettbewerb kippte 2013 zugunsten von mehr Wettbewerb. Im Einklang mit dem Stimmentscheid zur 1:12-Initative (November 2013), aber entgegen jenem zur Abzocker-Initiative (März 2013) ist 2013 zudem eine leichte Verschiebung der Präferenz hin zu einer Schweiz mit grossen Einkommensunterschieden festzuhalten. Im September 2013 erreichte man einen Rekordwert bei Äusserungen für eine starke Armee. Demgegenüber hält sich ein Sockel von etwa einem Viertel armeekritischer Voten.

Der Zeitvergleich macht deutlich, dass den 2013 abgestimmten Behördenvorlagen allesamt eine tendenziell hohe nationale Bedeutung zugemessen wird. Sämtliche Vorlagen erreichen Werte von mindestens sechs Punkten. Die persönliche Bedeutung von Abstimmungsvorlagen wird dabei durchwegs tiefer eingestuft. Die höchste persönliche Bedeutung wurde 2013 der Abstimmung über die Preiserhöhung für die Autobahnvignette zugemessen.

Die Stimmberechtigten taten sich 2013 zunehmend weniger schwer, sich eine Meinung zu den Vorlagen zu bilden. Insbesondere zur Änderung des Arbeitsgesetzes und der Autobahnvignette gaben deutliche Mehrheiten der Befragten an, der Entscheid sei leicht gefallen.

Die Topmedien zur Orientierung im Abstimmungskampf bleiben unverändert die klassischen Kanäle: Zeitungsartikel, Bundesbüchlein, Fernsehen und Radio.

5 Synthese

Das Abstimmungsjahr 2013 war mitunter von der Abzocker-Initiative dominiert, die den Urnengang bekannterweise erfolgreich passierte. Diese Vorlage zog eine gewaltige Medienaufmerksamkeit auf sich - auch weit über die Landesgrenzen hinaus. Initiativen erfolgreich durch den Entscheidungsprozess der Schweizer Demokratie zu bringen ist kein einfaches Unterfangen, denn Abstimmungserfolge von Initiativen bleiben Ausnahmen. In den letzten zehn Jahren allerdings wurde jede vierte Initiative, die es bis zum Urnengang schaffte, vom Stimmvolk gutgeheissen. Dem war früher anders und die Erfolgschancen lagen bedeutend tiefer. Aus diesen Gründen widmet sich der Spezialteil des VOX-Trendberichts 2013 den erfolgreichen acht Initiativen seit 2002 und beantwortet am Anfang formilierten Fragen summarisch.

• Wie lassen sich diese angenommenen Initiativen politisch und inhaltlich charakterisieren?

Die politische Charakterisierung der acht in diesem Zeitraum angenommenen Initiativen verweist nicht auf ein eindeutiges Muster. Sowohl bezüglich der Urheberschaft als auch hinsichtlich der Themen finden wir Heterogenität. Linke wie auch rechte Initiativen waren erfolgreich und auch thematisch zeigt sich eine breite Vielfalt. Was den angenommenen Initiativen allerdings gemein ist, ist dass ihnen eine hohe Bedeutung zugewiesen wird - sowohl für jeden Befragten persönlich aber auch für das Land als Ganzes. Das erstaunt nicht wirklich, wenn man die Mechanismen der Meinungsbildung zu Volksinitiativen etwas genauer betrachtet. Die Ausgangslage für eine Volksinitiative wird erfahrungsgemäss zu wesentlichen Teilen durch das Problembewusstsein für das jeweilige Anliegen in der Öffentlichkeit bestimmt. Je problematischer eine Situation eingeschätzt wird, desto eher findet sich auch Zustimmungsbereitschaft zu einer Initiative. Von Volksinitiativen aufgegriffene Themen beinhalten meist einen Sachverhalt, der in der Offentlichkeit mehr oder minder ausführlich behandelt wurde. Ohne dass sich dabei ein einigermassen verbreitetes Problembewusstsein zeigt, kommt es in der Regel nicht zu einer erfolgreichen Unterschriftensammlung und damit nicht zu einer abstimmungsreifen Vorlage.

• Wer nimmt Initiativen an? Soziodemografische, sozioökonomische und politische Charakterisierung von Initiativ-BefürworterInnen.

Frauen stimmten, betrachtet über alle acht angenommen Initiativen, signifikant deutlicher für die Initiativen als Männer. Dieser Unterschied zeigt sich nicht, wenn man nur die rechten Initiativen betrachtet, während man ihn, reduziert auf linke Initiativen, bestätigt findet. In Bezug auf die Altersgruppen stechen Befragte im Alter zwischen 40 und 64 Jahren hervor - diese Kohorte stellt die initiativefreundlichste Altersgruppe dar.

Von den sozioökonomischen Faktoren Einkommen und Bildung erweisen sich beide als relevant hinsichtlich der Stimmentscheide zu den acht erfolgreichen Initiativen. Tiefe bis mittlere soziale Schichten haben bei allen acht Initiativen deutlicher Ja gestimmt als höhere. Der Effekt ist für die Einkommensklassen etwas stärker ausgeprägt als für die Bildungsgruppen. Noch stärker akzentuiert präsentieren sich die sozioökonomischen Spaltungen, wenn nach linken und rechten Initiativen unterschieden wird. Die Zusammenhänge weisen dabei für rechte Initiativen in die gleiche Richtung wie im Gesamten betrachtet, sie fallen allerdings stärker ins Gewicht. Der Grund liegt darin, dass sowohl die höchste Einkommens- wie auch die höchste Bildungsgruppe die angenommenen Initiativen im Unterschied zu den tieferen Schichten mehrheitlich verworfen haben. Alles in allem bedeutet das: Rechte Initiativen werden stärker von tieferen Schichten getragen. Gerade umgekehrt, wenn auch in abgeschwächter Deutlichkeit, präsentiert sich die Situation bei linken Initiativen.

Hinsichtlich räumlicher Grössen erkennt man einen schwachen Effekt im Zusammenhang mit den Siedlungsarten, nicht aber bezüglich der Sprachregionen. Werden linke und rechte Initiativen aber separat betrachtet, so zeigt sich sowohl die Siedlungsart als auch die Sprachregion als signifikant spaltendes Merkmal und die Unterschiede sind deutlicher: Bei linken Initiativen finden sich in allen Merkmalsgruppen unterstützende Mehrheiten. Deutlich stärker werden linke Initiativen allerdings in kleinen/mittleren bis grossen Agglomerationen und in der Romandie getragen. Für rechte Initiativen findet sich die grösste Unterstützung in der italienischsprachigen Schweiz, gefolgt von der Deutschschweiz. In der Romandie dagegen fanden die angenommenen rechten Initiativen keine mehrheitliche Unterstützung. Dies gilt auch für grosse Agglomerationen, während kleine/mittlere Agglomerationen und noch dezidierter ländliche Gebiete rechte Initiativen unterstützen.

Politisch gesprochen ist die Unterstützung für die angenommen acht Initiativen bei Stimmberechtigten, die sich selber als rechtsaussen beschreiben signifikant höher als bei allen anderen. Analog dazu ist die Zustimmung zu allen acht Initiativen bei Stimmberechtigten mit Sympathien für die SVP am höchsten. Am geringsten fiel die Zustimmung innerhalb der Anhängerschaft der beiden Mitteparteien FDP.Die Liberalen und CVP aus. Nach linken und rechten Initiativen separat betrachtet, bestätigt sich der Zusammenhang und er verläuft in beiden Fällen linear ansteigend aus dem Winkel der politischen Befürworterschaft. Untersucht man den Einfluss der Parteiaffinität separat nach rechten und linken Initiativen, so findet man in beiden Fällen eine mehrheitliche Zustimmung unter den Parteiungebundenen. Bei den Linken Initiativen findet man zudem eine klare Mehrheit unter den Sympathisierenden der beiden linken Parteien GPS und SP. Dagegen findet man bei rechten Initiativen die zustimmenden Mehrheiten unter den Anhängern der SVP und der FDP.Die Liberalen.

Weiter haben Stimmberechtigte, die der Regierung vertrauen, die acht angenommenen Initiativen signifikant häufiger verworfen, als Stimmberechtige mit Regierungsmisstrauen oder solche, die sich unsicher äussern zum Thema Regierungsvertrauen.

• Wie weit sind Stimmenscheide für Initiativen wertemässig verankert und konsistent?

Die wertemässige Verortung von BefürworterInnen und GegnerInnen der angenommen Initiativen wird erst wirklich deutlich, wenn man zwischen Linken und Rechten Initiativen unterscheidet. Einig sind sich BefürworterInnen und GegnerInnen linker Initiativen im Grunde nur in zwei Punkten; beide Gruppen nehmen eine mittlere Position zwischen Traditionen und Moderne ein und beide Wünschen sich eine starke Betonung von Vollbeschäftigung. In allen anderen Wertfragen finden wir ein tendenziell konservativeres Muster für Befragte, welche linke Initiativen abgelehnt haben gegenüber solchen die sie angenommen haben. Das Werteprofil der Zustimmung zu rechten Initiativen präsentiert sich ähnlich wie jenes der Ablehnung linker Initiativen, ist allerdings in Armeefragen, punkto Ruhen und Ordnung und in Bezug auf den Schutz von Schweizer Traditionen noch deutlicher akzentuiert. Eine direkte Gegenüberstellung der Zustimmungsprofile zu rechten und linken Initiativen zeigt, dass die grössten Unterschiede hinsichtlich der Werthaltungen bei der Armee, der Aussen- und der Migrationspolitik der Schweiz vorzufinden sind. Dabei sind die Werthaltungen der Befürwortung von Initiativen konsistent mit dem jeweiligen politischen Lager der Initianten.

• Die wichtigsten Erkenntnisse aus dem standardisierten Teil der VOX-Trendberichterstattung fassen wir 2013 wie folgt zusammen:

Das politische Interesse der Schweizer StimmbürgerInnen folgt in jüngerer Vergangenheit einem deutlichen Aufwärtstrend, der 2013 in rekordverdächtigen Werten für die Abstimmung vom November 2013 gipfelte: Die Abstimmung zur Abzocker-Initiative führte neben erhöhtem Interesse auch zu über-

durchschnittlicher Teilnahme am Urnengang. Die Teilnahme an Abstimmungen steht und fällt jedoch - anders als das grundsätzlich erhöhte politische Interesse – mit den Vorlagen, die zur Abstimmung anstehen.

Bemerkenswert ist, dass mit dem erhöhten politischen Interesse nicht etwa Frustration, sondern eher erhöhte Systemzufriedenheit einher geht; stabil über das gesamte Jahr 2013 hinweg gab eine Mehrheit der Stimmberechtigten an, der Landesregierung zu vertrauen. Die Aufschlüsselung des Regierungsvertrauens nach Parteiwählerschaften zeigt, dass dieses bei den Mitte-Parteien am höchsten ist (FDP.Die Liberalen, CVP). Bei der SP-Wählerschaft vertraut man der Regierung auch noch mehrheitlich, wogegen Parteiungebundene und SVP-affine Personen nur minderheitlich Vertrauen in die Regierung setzen.

Es liegt nahe, diese hohe Zufriedenheit mit den Einschätzungen zur perzipierten aktuellen und zukünftigen persönlichen wirtschaftlichen Situation in Verbindung zu bringen. Beide Werte haben sich 2013 weiter verbessert. Dies kann als Bewusstsein gedeutet werden, die wirtschaftlichen Unsicherheiten der letzten Jahre gut überstanden zu haben.

Auch gewisse Verschiebungen von Wertpräferenzen lassen sich gut in diesen Kotext einbetten. Beispielsweise kippte die Wertepräferenz zwischen Staatseingriffen und Wettbewerb 2013 zugunsten von mehr Wettbewerb. Im Einklang mit dem Stimmentscheid zur 1:12-Initative (November 2013), aber entgegen jenem zur Abzocker-Initiative (März 2013), ist 2013 zudem eine leichte Verschiebung der Präferenzen hin zu einer Schweiz mit grossen Einkommensunterschieden festzuhalten. Die Entwicklung der Wertpräferenzen in wirtschaftlichen Fragen verweisen somit 2013, nach einer protektionistisch angehauchten Phase zwischen 2008 und 2010, wieder deutlich auf freie Marktwirtschaft ohne Staatseingriffe – sei es in Lohnfragen oder bei der Marktregulierung.

Dabei fiel es den Stimmberechtigten 2013 zunehmend leichter, sich eine Meinung zu den Vorlagen zu bilden. Insbesondere zur Änderung des Arbeitsgesetzes und der Autobahnvignette gaben deutliche Mehrheiten an, der Entscheid sei ihnen leicht gefallen.

Die in Thesenform verdichteten Resultate der Analyse lauten:

These 1:

Das politische Interesse der Schweizer Stimmberechtigten sinkt in der Regel nach den Wahlen leicht ab. Die vielen Sachentscheide in den vergangenen zwei Jahren liessen es jedoch kontinuierlich wachsen.

These 2:

Je höher die Stimmberechtigen die Bedeutung einer Vorlage einstufen, desto höher ist entsprechend die Stimmbeteiligung. Somit ist die Mobilisierung weiterhin stark vorlagenabhängig und fällt bei geringem Interesse entsprechend tief aus.

These 3:

Werteseitig zeigen sich 2013 Öffnungstendenzen in der Aussenpolitik der Schweiz bei gleichzeitiger Bevorzugung von SchweizerInnen gegenüber AusländerInnen. Eine Öffnung der Schweiz wird also gewünscht, allerdings soll sich der Status der SchweizerInnen dadurch nicht verschlechtern.

These 4:

Die Entwicklungen der Wertpräferenzen in wirtschaftlichen Fragen verweist 2013, nach einer protektionistisch angehauchten Phase zwischen 2008 und 2010, wieder deutlich auf freie Marktwirtschaft ohne Staatseingriffe – sei es in Lohnfragen oder bei Marktregulierung.

These 5:

Die Bedeutung des Internets in Abstimmungskämpfen stagniert, klassische Medienkanäle bleiben nach wie vor wichtiger für die Orientierung in Abstimmungskämpfen. Nach einer weiteren Verbreitung von eVoting in den Kantonen ist dieser Befund zu überprüfen.

These 6:

Thematisch lässt sich kein eindeutiges Muster für erfolgreiche Volksinitiativen in der Schweiz finden. Je höher allerdings die gefühlte nationale und persönliche Bedeutung einer Initiative ausfällt, desto grösser sind die Chancen eines erfolgreichen Urnengangs. Themen also mit hoher Bedeutung, die von der institutionalisierten Politik nicht aufgenommen wurden, haben als Volksbegehren intakte Erfolgschancen.

These 7:

Der Steckbrief erfolgreicher Initiativen kann in Bezug auf das Unterstützungspotenzial am ehesten wie folgt umschrieben werden: Sie muss Personen aus tiefen bis mittleren sozialen Schichten ansprechen, die sich selber nicht in der politischen Mitte verorten und der Landesregierung gegenüber skeptisch eingestellt sind. Weiter haben rechte Initiativen auf dem Land bessere Annahmechancen, linke hingegen in den grossen Agglomerationen.

6 Anhang

gfs.bern-Team



CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern, Verwaltungsrat gfs-bd, Politikwissenschafter und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen, Dozent an der Zürcher Hochschule Winterthur, am MAZ Luzern und am VMI der Universität Fribourg und am KPM der Universität Bern.

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften



MARTINA IMFELD

Projektleiterin, Politikwissenschafterin

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)



CAROLE GAUCH

Junior Projektleiterin, Medien- und Politikwissenschafterin

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Abstimmungen und Wahlen, Meinungsbildung zu aussenpolitischen Angelegenheiten, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Feldaufträge



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschafter

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



CLOÉ JANS

Praktikantin, Politikwissenschafterin

Schwerpunkte:

Recherchen, Referatsunterstützung, Lehrassistenz, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



JOHANNA LEA SCHWAB

Sekretariat und Administration, Kauffrau EFZ

Schwerpunkte:
Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern Hirschengraben 5 Postfach 6323 CH – 3001 Bern Telefon +41 31 311 08 06 Telefax +41 31 311 08 19 info@gfsbern.ch www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufsoder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



